



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Roland Christen begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Medienvertretenden mit folgender **Würdigung des am 4. September 2011 verstorbenen Stadtrates Fritz Fiechter**:

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, verehrte Gäste, liebe Anwesende

Schon einige Sitzungen des Stadtrates durfte ich in meiner bisherigen Amtszeit als vorsitzender Stadtratspräsident eröffnen und leiten.

Bevor ich nun der gewohnten, protokollarischen Sitzungsordnung folgen werde, ist es mir ein grosses, persönliches Anliegen, mit einigen Worten des vergangenen Lebens und Wirkens von Fritz Fiechter, unserem langjährigen und allseits sehr geschätzten Ratskollegen und Freundes, zu gedenken.

Am vorletzten Freitag, dem 9. September 2011, mussten wir von Fritz Fiechter, endgültig Abschied nehmen. Mit ihm verlieren wir einen äusserst engagierten und verantwortungsbewussten Kollegen, der sich in seinem Amt als Stadtrat und früheren Ratspräsidenten mit Leib und Seele in den Dienst der Öffentlichkeit stellte und sich stets für die Interessen der Menschen von Langenthal mit ganzer Kraft einsetzte.

Fritz Fiechter war aber zweifelsohne viel mehr als nur ein profilierter Politiker mit äusserst umfangreicher Erfahrung und profunder Sachkenntnis in verschiedensten Gebieten, die die exekutive Arbeit in unserem Gremium betreffen.

Die Leuchtkraft seiner Persönlichkeit schien weit über die politische Arbeit hinaus. Seine persönli-

che Integrität, Glaubwürdigkeit, Beständigkeit und ausgeprägte Willensstärke, die ihn bis zuletzt trotz schwindenden Kräften auszeichneten, sind uns allen, die wir hier anwesend sind, bestens bekannt und verdienen unseren tiefsten Respekt.

Als Zeichen unserer Wertschätzung gegenüber Fritz Fiechter, dessen Wirken im Stadtrat von Langenthal und in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen uns alle auf unterschiedlichste Art und Weise geprägt und bereichert hat, brennt an seinem Sitzplatz eine Kerze.

Zu Ehren von Fritz Fiechter bitte ich nun alle Anwesenden aufzustehen. Wir wollen seinem Leben in einem Moment der Stille gedenken. Unsere guten Gedanken an den Verstorbenen sollen Zeichen der Hoffnung sein, dass Fritz Fiechter seine Krankheit und selbst den Tod überwunden hat und sein Leben in neuem Licht erstrahlen wird.

(kurze Stille)

Ich schliesse meine Gedanken zum Abschied von Fritz Fiechter mit Worten des deutschen Literaten Hermann Hesse ab. Mit seinem Gedicht, das den Titel «Neues Erleben» trägt, spricht der Autor die Vorhin von mir geäusserte Hoffnung nochmals an.

Die Seele des Menschen wird nach den Vorstellungen von Hermann Hesse demnach in einen geheimnisvollen Kreislauf ewigen, neuen Werdens münden und so, in Gottes Gegenwart, ihre vorherbestimmte Vollendung erlangen.

«Neues Erleben»

*Wieder seh ich Schleier sinken,
und Vertrautes wird fremd,
neue Sternenträume winken,
Seele schreitet traumgehemmt.*

*Abermals in neuen Kreisen
Ordnet sich um mich die Welt,
und ich seh mich eiteln Weisen
als ein Kind hineingestellt.*

*Doch aus früheren Geburten
zuckt entfernte Ahnung her:
Sterne sanken, Sterne wurden,
und der Raum war niemals leer.*

*Seele beugt sich und erhebt sich,
atmet in Unendlichkeit,
aus zerrissenen Fäden webt sich
neu und schöner Gottes Kleid.*

Herrmann Hesse, im Dezember 1941



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Stadtratspräsident Roland Christen erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- 3 Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.
- 1 Vakanz (SP)
- 7 Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Stadtratspräsident Roland Christen: Da Herr Stadtrat Kurt Wyss (FDP) an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne, habe der Rat eine stellvertretende Stimmzählerin oder einen stellvertretenden Stimmzähler zu bezeichnen. Nach Rücksprache mit der FDP/jll-Fraktion werde vorgeschlagen, dass Frau Stadträtin Beatrice Lüthi (FDP) heute Abend den Platz als Stimmzählerin auf dem Podium einnehme.

- **Der Vorschlag, Frau Stadträtin Beatrice Lüthi (FDP) als stellvertretende Stimmzählerin einzusetzen, wird schweigend genehmigt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Richtplan ESP Bahnhof Langenthal; Erweiterung und Umgestaltung der Personenunterführung zu einer Bahnhofspassage sowie Um- und Neugestaltung der Bahnhofplätze Nord und Süd; Vorprojekt und Studienauftrag; Zustimmung und Bewilligung der Finanzierung (Investitionskredit)

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Beim vorliegenden Traktandum handle es sich - im Gesamtkontext betrachtet - sicher unbestrittenermassen, um eines jener Kernthemen, mit welchen die Stadt Langenthal seit gut einem Jahr sehr eingehend beschäftigt sei. Es gehe um das Agglomerationsprogramm und damit um die Absicht, dieses bis Ende dieses Jahres - nach einem bereits gescheiterten Versuch - nun definitiv auf der schweizerischen Landkarte des Bundes zu etablieren. Es gehe um Inputs - wofür er allen Beteiligten, insbesondere den politischen Vertretungen danke - die im Zusammenhang mit den doch bereits drei erfolgten Mitwirkungsverfahren zusammen gekommen seien. Die Inputs seien einerseits aufgenommen, aber auch zurückgegeben worden. Aktuellerweise befinde sich Langenthal quasi auf der Zielgeraden. Trotzdem gelte es mindestens noch eine Hürde zu überwinden. Der ESP Bahnhof bilde bekanntermassen das Kernstück des Agglomerationsprogramms.

Mit dem ESP Bahnhof werde im Übrigen auch die Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 umgesetzt. Die Motion verlange, dass dem Parlament innert sechs Jahren geeignete Massnahmen für die Weiterentwicklung des Bahnhofareals vorzulegen seien. Methodisch sei der Prozess bereits im Jahre 2007 mit dem "Workshopverfahren Bahnhof" eingeleitet worden. In das Workshopverfahren seien alle beteiligten Grundeigentümer (in einem recht umfassenden Perimeter um den Bahnhof herum) einbezogen worden. Eine generelle Auslegeordnung über die Verhältnisse sei gemacht worden, woraus Schlussfolgerungen über mögliche Entwicklungsschwerpunkte gezogen worden seien. Auf Antrag der Stadt sei das Verfahren in das kantonale Programm der Entwicklungsschwerpunktplanung ESP aufgenommen worden.

Als Fortsetzung, basierend auf den Resultaten des Workshopverfahrens, habe der Gemeinderat einen zweistufigen Prozess eingeleitet. Die Stufe 1 bestehe aus der Erarbeitung des Richtplankonzepts und daraus abgeleitet, sei der Richtplan ESP an die Hand genommen worden. Mit der Federführung dieser Arbeiten sei das Planungsbüro yellow², Zürich, beauftragt worden. Auch aus dieser Quelle seien interessante Inputs zum heute vorliegenden Richtplan eingeflossen.

Der ESP Bahnhof sei zu einem wichtigen Teil bzw. zum Kernstück des Agglomerationsprogramms geworden, was auf den Punkt gebracht heisse, dass - um das Aggloprogramm definitiv einreichen zu können - eine letzte Hürde genommen werden müsse. Die Hürde bestehe darin, ein gewisses Commitment zu erreichen, was vom Bund explizit von Agglomerationsprogrammen verlangt werde. Es gehe somit nicht darum, einfach eine Wunschliste abzugeben und die Reaktion darauf abzuwarten, sondern es gehe darum, bereits heute gewisse Vorentscheide zu treffen, die zugegebenermassen auch mit gewissen Risiken behaftet sein könnten. Dieses Vorgehen gehöre zur Übungsanlage von Agglomerationsprogrammen. Demgemäss sei davon nicht nur die Stadt Langenthal, sondern auch alle anderen Agglomerationen betroffen. Mit der vorliegenden Vorlage soll eben genau die Erfüllung dieser Vorgabe erreicht werden. Es gehe darum, den ESP Bahnhof auf Vorprojektstufe weiter zu entwickeln.

Es gebe verschiedene Methoden, um ein solches Vorprojekt erarbeiten zu können. Der Gemeinderat spreche aus der Ausgangslage heraus auch zwei unterschiedliche Bereiche an:



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

- Die Ausarbeitung eines Vorprojektes zur Erstellung einer Bahnhofspassage sei in erster Linie eine technische Planung, weil sich das Ganze auf Bahnareal abspiele, wo zwangsläufig die SBB mit ein zu beziehen sei, was auch geschehen sei. Die Offerte der SBB bilde auch die Basis des Kreditantrages für diesen Teil. Dementsprechend gehe es um eine eigentliche technische Knochenarbeit und nicht darum, im grossen Stil noch Planungsideen entwickeln zu wollen. Selbstverständlich nehme die Stadt Langenthal partizipierend an diesem Prozess teil; insbesondere auch zur Sicherstellung der Schnittstellen (Anfang und Ende Passagen).
- Die beiden Bahnhofplätze als Kopfbereiche der Passagen. Der eine Platz (Süd) bestehe schon. Diesen gelte es in geeigneter Weise nach funktionalen und städtebaulichen Grundsätzen umzugestalten. Der Nord-Bahnhof-Platz bestehe heute eigentlich noch nicht. Wer heute zur Unterführung heraustrete, stehe mehr oder weniger gleich vor dem Zugangsbereich der oberirdischen Parkieranlage oder vor einer Rampe eines Industriebetriebes.

Zur Erreichung einer qualitativen Prozessoptimierung seien institutionalisierte Verfahren anzuwenden. Auf Antrag der Bau- und Planungskommission schlage der Gemeinderat dem Stadtrat heute deshalb vor, die Prozessoptimierung mittels Studienauftragsverfahrens an die Hand zu nehmen. Mit dem Studienauftrag werde ein gewisser Kreis von spezialisierten Architektur- und Planungsbüros eingeladen, Vorschläge zu erarbeiten, die dann durch eine Jury begutachtet werden, so dass einer der Vorschläge als Gewinner auserkoren werden könne, welcher dann die Basis der weiteren Arbeit bilde. In diesem Zusammenhang sei die Frage gestellt worden, in welchem Kreis das Studienauftragsverfahren durchgeführt werden soll. Gestützt auf fachliche Überlegungen schlage der Gemeinderat vor, fünf Büros in das Verfahren einzubeziehen. Aus Fachkreisen sei zwar zu verlauten, dass dazu so viele wie möglich eingeladen werden sollten, womit die Wahrscheinlichkeit grösser werde, gute Ideen zu erhalten. Der Gemeinderat sehe aber auch eine Kostenfrage darin und erachte die Anzahl von fünf Büros als gut. Im Übrigen werden bei privaten Vorhaben, bei denen städtebauliche Anliegen im Vordergrund stehen (beispielsweise im Kerngebiet der Stadt), ähnliche Anforderungen an deren qualifizierte Verfahren gestellt. Dementsprechend sollte sich auch die Stadt an dieser Leitlinie orientieren und nicht um Kosten zu sparen, den qualitativen Prozess vorneweg einengen. Die vorgeschlagenen fünf Teams seien für beide Platz-Bereiche koordiniert einzusetzen.

Weil es sich um Investitionen im grossen Umfang handle, habe sich der Gemeinderat auch die Überlegung gemacht, eine entsprechende Nachhaltigkeits-Begleitung zu integrieren, was eigentlich im Kreditantrag für beide Prozesse bereits vorgesehen sei. Die angebotenen Kredite für den Teil "Bahnhofspassage" betragen Fr. 264'300.00. Der Löwenanteil gehe an das Studienauftragsverfahren für die Bahnhofplätze mit Fr. 414'00.00. Inklusiv einer Rundung ergebe sich ein Gesamtbetrag von Fr. 690'000.00. Der Betrag bedeute für die Stadt Langenthal eine Investition und sei im Investitionsplan 2012 - 2016 enthalten. Die Finanzierung erfolge durch eigene Mittel. In diesem Zusammenhang sei die Frage gestellt worden, ob die Stadt nicht mit der SBB bezüglich einer allfälligen Mitfinanzierung Kontakt aufnehmen sollte. Der Gemeinderat habe dies gemacht und eine negative Antwort erhalten. Die Begründung laute, dass das Agglomerationsprojekt im Wesentlichen aus dem Infrastrukturfonds des Bundes mitfinanziert werde, so dass die SBB, die ja auch ein Bundesbetrieb sei, nicht auch noch parallel in die Finanzierung miteinbezogen werden könne. Das sei im Übrigen bei allen Projekten der Fall und betreffe nicht nur die Stadt Langenthal.

Es gehe auch darum eine Risikobeurteilung vorzunehmen, was der Gemeinderat auch getan habe. Es gelte die Variante zu wählen, den Schritt zu tun und damit die Bedingungen zu erfüllen, den definitiven Zugang zum Aggloprogramm zu finden, um auf die Landkarte des Bundes zu gelangen. Damit könne die Möglichkeit erarbeitet respektive offen behalten werden, die Mittel aus dem Infrastrukturfonds des Bundes überhaupt beantragen zu können. Wer sich nicht auf der Landkarte befinde, könne auch keine Mittel beantragen.

Auf der anderen Seite könne die Überlegung angestellt werden, was passiere, wenn der Entscheid des Bundes - der im Frühling 2013 erwartet werde - nicht im vorgesehenen Mass (Investitionskosten zwischen 30% minimal und 50% maximal der Projektkosten) ausfallen würde. An die 30% bis 50% sei noch ein entsprechender Anteil von Mitteln des Kantons gebunden.



Bis der effektive Entscheid im Jahr 2013 vorliege, seien die Vorprojekte zu erarbeiten. Ab diesem Zeitpunkt werde der nächste Schritt der Stadt Langenthal fällig, der darin bestehe, die effektiven Projektierungskredite politisch zu bewilligen. Es gehe um eine Investitionssumme von etwa Fr. 50 Mio. Zu diesem Zeitpunkt wären die Informationen des Bundes aber vorliegend.

Wenn Langenthal nur teilweise im erwarteten Sinne zum Zuge käme, müsse davon ausgegangen werden, dass die Vorprojekte auch nur teilweise von Nutzen wären. Für die Stadt Langenthal sei es nicht wahrscheinlich, eine Bahnhofspassage zu bauen, ohne auf Mittel des Bundes zurückgreifen zu können. In Hochrechnungen werde mit plus/minus gut Fr. 30 Mio. Investitionen gerechnet, was Langenthal mit einer alternativen Finanzierung nicht an die Hand nehmen könnte. Hingegen könnte allenfalls im Bereich der Bahnhofplätze trotzdem Etwas realisiert werden, zumal dies schon lange ein politisches Thema sei. In diesem Bereich wären die Studienaufträge mit rund Fr. 414'000.00 der grösste Teil des Kredits nicht nutzlos. Der Gemeinderat habe diesen Umstand ebenfalls in die Risikobeurteilung einbezogen.

Aus diesem Grund und aus der Erkenntnis heraus, dass die Stadt sich auf der Zielgeraden befinde und in einem Prozess nun effektiv vor der letzten grösseren Hürde stehe, erachte der Gemeinderat es als gegeben, diesen Schritt zu machen. Persönlich sei er zuversichtlich, dass dieser Entscheid für die Stadt gut sei. Glücklicherweise und im Bewusstsein, dass es um beträchtliche Mittel gehe, sei der Entscheid über eigene Mittel finanzierbar, so dass dem vorliegenden und heute zur Debatte stehenden Antrag zugestimmt werden könne.

Für eine richtige Abwägung der Sachlage danke er zum Voraus. Es gelte nun den bestehenden Schwung zu nutzen, um das Ziel - die letzte Hürde erfolgreich zu überwinden - zu erreichen.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission habe die formell korrekte Vorbereitung des Geschäfts festgestellt. Die geführte Beratung veranlasse ihn im Namen der Geschäftsprüfungskommission drei Bemerkungen anzubringen:

- Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass auch bei diesem Projekt (Richtplan für den Bahnhof) der Gemeinderat auf ein einziges Planungsbüro setze und keine Alternativen vorsehe. Offenbar und gemäss Information des Stadtpräsidenten seien mit dem Planungsbüro yellow², Zürich, so gute Erfahrungen gemacht worden, dass es nun auch hier, wie beim Projekt Märithalle, zugezogen werde.
- Festgestellt worden sei auch, dass für die Durchführung des Planungswettbewerbs nicht weniger als fünf Teams beigezogen werden sollen, was selbstverständlich auch bezahlt werden müsse. Wie aus den Akten herausgehe, seien die Honorare allerdings nicht so immens, dass auf die Teilnahme von ein, zwei oder gar drei Teams verzichtet werden müsste. Zudem würden fünf Hirne mehr denken, als nur drei.
- Der ungeschöne Punkt der Vorlage sei der, dass das Geschäft sehr direkt und sehr eng mit dem neuen Agglomerationsprogramm verknüpft sei. Ohne Vorleistung der Stadt zur Finanzierung des Richtplanes für den Bahnhof hätte das Gesuch zum Erhalt von Bundes- und Kantonsbeiträgen für das Aggloprogramm offenbar keine Chance. Nun sei das Gesuch bekanntermassen aber bereits zur Vorprüfung nach Bern abgeschickt worden, womit der Antrag des Gemeinderates betreffend die Finanzierung dieses Richtplanes dem Stadtrat doch reichlich spät vorgelegt werde. Demgemäss könne praktisch nichts anderes als Ja gesagt werden, um nicht das ganze Agglomerationsprogramm zu gefährden. Das Parlament werde quasi genötigt Ja zu Etwas zu sagen - und dies erst noch zu einem sehr späten Zeitpunkt - was politisch unschön sei. Weil es nicht das erste Mal in dieser Legislaturperiode sei, dass dem Stadtrat eine Vorlage reichlich spät vorgelegt werde, bitte bzw. fordere die Geschäftsprüfungskommission den Gemeinderat auf, die Timelines für die politischen Prozesse besser in den Griff zu bekommen, damit sich der Stadtrat nicht mehr überfahren fühlen müsse.

Mit Ausnahme dieses Einwandes sei die Geschäftsprüfungskommission erfreut und danke auch dafür, dass jetzt am Bahnhof endlich Etwas gehe, da der Bahnhof als Visitenkarte der Stadt Langenthal ein Update dringend nötig habe.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion werde dem Finanzierungsantrag sowie dem Studienauftrag einstimmig zustimmen.

Auch die EVP/glp-Fraktion habe darüber diskutiert, ob es sich dabei wieder um ein "5-vor-12-Geschäft" handle, sei dann aber eigentlich zum Schluss gelangt, dass bereits mehrfach über die Thematik habe diskutiert werden können, womit die Möglichkeit bestanden habe sich zu äussern. In zwei oder gar in drei Mitwirkungsverfahren habe die Möglichkeit bestanden (auch zum ESP Bahnhof) direkt oder indirekt Stellung nehmen zu können.

Der ESP Bahnhof sei klar ein Bereich des Aggloprogrammes. Wenn keine Schwerpunkte und kein Zeichen gesetzt werden, die A-Massnahmen positiv umsetzen zu wollen, dann werde der Bund natürlich kein Geld sprechen. Warum auch sollte der Bund Geld für Etwas geben, was schlussendlich nicht gewollt oder machbar sei?

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion sei für das Vorprojekt und auch für die Kreditgenehmigung. Es sei endlich an der Zeit, eine Lösung für den unwürdigen Knotenpunkt der Stadt zu finden. Die SVP-Fraktion sei überzeugt, dass die Investition der Stadt neue Impulse geben werde. Das Risiko sei abschätzbar, falls die Stadt Langenthal nicht in den Genuss des Agglomerationsfonds kommen würde. Demgemäss gelte die Weisheit: *"wer nichts wagt, der nicht gewinnt"*.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion habe das Aggloprogramm sowie die Entwicklungsplanung ESP Bahnhof unterstützt und werde dementsprechend auch den Studienauftrag unterstützen. Dass mit den Spielregeln des Bundes die Kommunen gezwungen seien, Vorinvestitionen für Projekte zu tätigen, die sie ohne Bundeshilfe niemals realisieren könnten, sei speziell. Auch dass die SBB, die rund 40% der Kosten verursache, sich in keiner Art und Weise finanziell beteiligen wolle, sei noch spezieller und werde trotz der gelieferten Begründung des Stadtpräsidenten als störend empfunden. Da die FDP/jll-Fraktion aber wolle, dass am Bahnhof Etwas gehe und, dass es nun vorwärts gehe, sei sie mit dem Studienauftrag einverstanden und heisse auch den erforderlichen Kredit von Fr. 690'000.00 gut, was nota bene einer Anschubfinanzierung von rund 1,3% der rund Fr. 53 Mio. gleichkomme.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die Erweiterung und Umgestaltung des Bahnhofplatzes mit der Personenunterführung sei für Langenthal in doppelter Hinsicht ein historisches Projekt, da das vorgesehene Investitionsvolumen von rund Fr. 53 Mio. für Langenthal einmalig sei. Wenn das riesige Projekt realisiert werden soll, müsse jede Chance genutzt werden, um Bundes- und Kantons Gelder generieren zu können. Schliesslich handle es sich um ein regionales Projekt, da eine ganze Region rund um Langenthal davon profitieren würde. Langenthal nehme die Führungsrolle als regionalen Hauptort wahr und tätige in Form von Planungen eine grosse Vorinvestition auf eigenes Risiko. Langenthal trage eine grosse Zentrumslast.

Ebenso historisch sei, dass das vorliegende Projekt vollumfänglich der Förderung des ÖV, des Fussgänger- und des Langsamverkehrs diene. Die SP/GL-Fraktion sei davon überzeugt, dass damit auf die richtige Schiene gesetzt werde. Ein attraktiver Bahnhof und gute Anschlüsse an Bus- und Bahnlinien seien für die Wohn- und Arbeitsstadt Langenthal überlebenswichtig und damit auf jeden Fall wichtiger, als ein tiefer Steuersatz.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem Kredit von Fr. 690'000.00 zu.

Daniel Steiner: Als nüchtern und pragmatisch sei der Stadtpräsident kürzlich von einer Zeitung bezeichnet worden. Als nüchtern oder mindestens pragmatisch könne auch das Kennzeichen des Agglomerationsprogrammes der 2. Generation bezeichnet werden.

Einigen Anwesenden dürfte bekannt sein, dass er das 1. Agglomerationsprogramm, mit welchem sehr stark auf den Autobahnzubringer Oberaargau gesetzt worden sei und welches aus einem "Jekami" aus Ideen bestanden habe, sehr stark kritisiert habe.

Das 2. Agglomerationsprogramm komme nun ganz anders daher. Es vermittele aus "einem Guss" zu sein und beinhalte eine nüchterne und pragmatische Kernidee, deren einfache Botschaft laute, dass der Bahnhof Langenthal als eine regionale Drehscheibe des Verkehrs im Oberaargau eine Visitenkarte sei und deshalb attraktiviert und umgestaltet werden soll.



Er erachte das vorliegende Agglomerationsprogramm als einen wirklich gelungenen Wurf. Es wäre deshalb unglaublich wichtig, dass der Stadtrat von Langenthal heute Abend ein klares Zeichen setze und damit klar zum Ausdruck bringe, geschlossen hinter dem Aggloprogramm zu stehen - auch wenn es vielleicht den einen oder anderen kritischen Punkte beinhalte - damit das Filetstück des Aggloprogramms, der ESP Bahnhof, umgesetzt werden kann. Auch sollte das Zeichen überall in den politischen Parteien und über die Gräben hinweg gesetzt werden, um zu zeigen, dass für eine Idee gekämpft werde, dass die Kantons- und Bundesgelder für die Weiterentwicklung der Stadt gebraucht werden und, dass damit etwas Gutes getan werde.

Patrick Freudiger: Obwohl die Vorlage tatsächlich begrüßenswert sei, erwähne er zwei Punkte, die seiner Meinung nach vorher zu wenig erwähnt worden seien:

- Das Projekt schaffe eine bessere Verbindung zwischen der Nord- und Südseite Langenthals. Heute werde die Nord- und Südseite durch die Bahnlinie getrennt. Um der Gefahr vorzubeugen, dass quasi eine getrennte Stadtentwicklung stattfinde, sei es absolut zu begrüßen, dass mit dem vorliegenden Projekt eine Verbindung zwischen der Nord- und der Südseite hergestellt werde.
- Das Projekt erkenne den Wert des Bahnhofs nicht nur als Teil von Langenthal, sondern insbesondere auch als Wert des Stadtbilds, der Stadtentwicklung und auch der Verkehrsentwicklung.

Er habe sich heute rasch die Mühe gemacht, die aktuellen Verkehrszahlen der LITRA (Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr) anzuschauen. Dort werde eine Zunahme des Personenverkehrs auf der Schiene bis ins Jahr 2030 um 45% prognostiziert. Obwohl sich das am Bahnhof Langenthal nicht derart akzentuiert abspielen werde, sei die Zunahme auch für Langenthal doch eine absehbare Tatsache. Wenn der Personenverkehr auf der Schiene zunehme, dann werde auch der Quell- und Suchverkehr von und an den Bahnhof zunehmen (Leute die abgeholt oder gebracht werden, Hin- und Herfahrt öffentlicher Busse).

Um so wichtiger sei deshalb ein Projekt, das diesen Gedanken Rechnung trage und genügend Abwicklungsfläche schaffe. In diesem Zusammenhang spreche er ein Problem an, das sich ihm nach Gesprächen mit dem allseits bekannten Planungsfachmann Heinz Bösiger gezeigt habe: In Langenthal bestehe die durchaus nicht ungewöhnliche Situation, dass der Verkehr über sechs Einfallsachsen (Lotzwil-Bleienbach, Bützberg, Aarwangen, Roggwil-Wynau, St. Urban, Melchnau) in das Stadtzentrum ströme. Wegen weitgehend fehlender Verbindungen zwischen diesen Einfallsachsen, sei jemand der nach Langenthal komme, der aber nicht verweilen, sondern weiter fahren wolle, gezwungen, via das Stadtzentrum Langenthal zu fahren, womit das Stadtzentrum wahrscheinlich überdurchschnittlich mit Durchgangsverkehr belastet sei. Die wenigen Querverbindungen, die bestehen, seien die Hasenmattstrasse, die Waldhofstrasse und der Bahnhofplatz.

Das vorliegende Projekt gehe dahin, den Durchgangsverkehr über den Bahnhofplatz zu meiden bzw. ihn unattraktiv zu machen. Wenn dies so gemacht werden wolle, dann müsse andernorts genügend Abwicklungsfläche für den Durchgangsverkehr geschaffen werden. Für den Durchgangsverkehr, der eben über keine oder nur wenige Querverbindungen geführt werden könne, müsse irgendwo Raum geschaffen werden. Was seiner Ansicht nach gar nicht gehe, sei die bestehenden übrigen Querverbindungen (Waldhofstrasse und Hasenmattstrasse) - die zusätzlich gemäss der Verkehrsrichtplanung auch noch verkehrsberuhigend gestaltet werden sollen - noch mehr zu belasten.

Er ersuche den Gemeinderat im Verlaufe der weiteren Umsetzung des Projektes, dem Problem "Durchgangsverkehr im Stadtzentrum" genügend Beachtung zu schenken.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Stadtpräsident Thomas Rufener: Im Namen des Gemeinderates bedanke er sich vorweg für die unisono positive Reflexion des Geschäfts. Für den vom GPK-Präsidenten erwähnten Faktor Zeit, entschuldige er sich und verweise in diesem Zusammenhang auf das Parkinsonsche Gesetz von Cyril Northcote Parkinson (englischer Historiker, Soziologe und Publizist), wonach *"Arbeit so in die Länge gezogen wird, wie Zeit für sie zur Verfügung steht."*¹ Es gelte sich aber trotzdem daran zu erinnern, dass von Anfang an bekannt gewesen sei, dass der Fahrplan sehr eng sei. Wegen des Zeitbedarfs für die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms der 2. Generation, lasse sich diesbezüglich leider auch kein anderes Bild aufzeigen. Der Gemeinderat sei in die Situation hineingeraten und habe proaktiv und in Zusammenarbeit mit dem Kanton nach Lösungen gesucht und diese seiner Meinung nach auch gefunden. Auch kantonale Stellen hätten sich schlussendlich sehr dafür eingesetzt, was sich daran zeige, dass ein Vorprüfungsverfahren üblicherweise nicht zuerst abgewartet werden könne, bevor der Kredit gesprochen werde. Dass sich der Stadtrat dadurch fast etwas genötigt fühle, sei verständlich. Auf der anderen Seite sei man in der Unternehmerwelt von heute aber halt gefordert, innert kurzer Frist Entscheide treffen zu müssen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Der Erarbeitung eines Vorprojektes für die Erweiterung und Umgestaltung der bestehenden Bahnhof-Personenunterführung zu einer Bahnhofspassage sowie der Durchführung eines Studienauftrages für die Um- und Neugestaltung der Bahnhofplätze Nord und Süd wird zugestimmt.**
- 2. Der dafür erforderliche Kredit von total Fr. 690'000.00 (inkl. Nebenkosten und MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 301.509.48 "Durchführung von Planungen am Bahnhof Langenthal", bewilligt.**
- 3. Die im Rahmen des Agglomerationsprogramms im Moment der Bauausführung zu erwartenden Beiträge von Bund und Kanton werden dem Konto 301.660.48 "Durchführung von Planungen am Bahnhof Langenthal; Bundes- und Kantonsbeiträge" entsprechend gutgeschrieben.**
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Engl. "Work expands so as to fill the time available for its completion."



2. Postulat Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Sanierung der Markthalle Langenthal (Prüfung von Renovationsmassnahmen für die sanitären und elektrischen sowie für die Küchenanlagen, zur Befriedigung der heutigen Betriebsbedürfnisse) (erheblich erklärt am 23. August 2010); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Im Namen des Gemeinderates freue er sich ausserordentlich über den einstimmigen Entscheid, den der Stadtrat zum vorangegangenen Traktandum (Richtplan ESP Bahnhof Langenthal) gefällt habe.

Mit dem vorliegenden Prüfbericht habe der Gemeinderat das Anliegen des am 23. August 2010 erheblich erklärten Postulats Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010 erfüllt.

Im Moment laufe betreffend das Markthallengebiet ein generelles Verfahren, womit die Frage nach dem "wie weiter" geklärt werden soll. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass die Markthalle sinnvollerweise noch gebraucht werden sollte. Mit der Feier für Herrn Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann am 30. September Dezember 2010 habe ausserdem ein wesentlicher Event stattgefunden, für den die Markthalle grundlegend herausgeputzt worden sei.

Dem Prüfbericht könne entnommen werden, dass keine Investitionen in den Sand gesetzt werden sollen, sondern, dass nur notwendige Investitionen getätigt werden, um den laufenden Betrieb Aufrecht zu erhalten. In diesem Sinne stelle der Gemeinderat dem Stadtrat den Antrag, das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abzuschreiben.

Peter Moser, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion könne aufgrund der offensichtlich angestrebten Gesamt-sanierung, den Investitionen nur in das Nötigste sowie der beantragten Abschreibung des Postulates zustimmen.

Die FDP/jll-Fraktion erlaube sich, den Gemeinderat und das Stadtbauamt auf die Textstelle im Prüfbericht vom 14. März 2011, Seite 5 hinzuweisen, worin stehe: *"Der bestehende Kochherd ist defekt. Nach Angabe des Anlagewartes werde dieser Kochherd heute jedoch kaum gebraucht."* und merke dazu an, dass ein Kochherd, der nicht koche, auch nicht gebraucht werden könne. In diesem Sinne stelle sich die Frage nach dem Huhn und dem Ei oder anders ausgedrückt, lasse sich eine Küche ohne Herd, mit einer Ortsbuslinie ohne Haltestellen vergleichen. Eine von der FDP/jll-Fraktion diesbezüglich durchgeführte Nachfrage habe allerdings gezeigt, dass tatsächlich nicht alle, aber der eine oder andere Benutzer der Küche schon, einen Herd brauchen. Aus diesem Grund rege die FDP/jll-Fraktion an, den beschriebenen Handlungsbedarf bei der Küche, um einen funktionierenden Kochherd zu erweitern.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Sanierung der Markthalle Langenthal (Prüfung von Renovationsmassnahmen für die sanitären und elektrischen sowie für die Küchenanlagen, zur Befriedigung der heutigen Betriebsbedürfnisse) (erheblich erklärt am 23. August 2010) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.

2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

3. **Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010: Optimierung der Strassenkennzeichnung in Langenthal** (erheblich erklärt am 29. November 2010); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit dem vorliegenden Prüfbericht habe der Gemeinderat das Anliegen des am 29. November 2010 erheblich erklärten Postulats Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010 erfüllt.

In Anlehnung an den Bericht habe der Gemeinderat dem Werkhof bereits einen Auftrag erteilt, Schwachstellen zu orten und die Kennzeichnung zur Verbesserung der Übersicht entsprechend anzupassen. Bereits vor 10 Jahren sei ein ähnlicher Prozess durchgeführt worden. In diesem Sinne stelle der Gemeinderat dem Stadtrat den Antrag, das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abzuschreiben.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Dem Gemeinderat danke er für die Unterstützung seines Anliegens. Mit Genugtuung habe er zur Kenntnis genommen, dass konkrete Schritte zur Verbesserung der Orientierung in der Stadt buchstäblich in die Wege geleitet worden seien. Obwohl das Optimierungspotential damit selbstverständlich noch lange nicht ausgeschöpft sei, sei er zuversichtlich, dass nach diesem ersten Schritt das Gespür für das Problem gewachsen sei, so dass weitere Verbesserungen folgen werden. Die Bevölkerung Langenthals und die auswärtigen Besucher werden dankbar sein.

Die EVP/glp-Fraktion wie auch er, stimmen der Abschreibung des Postulates zu.

Pascal Dietrich: Eigentlich hätte er sich bereits zum vorangegangenen Traktandum melden können, um zu erwähnen, die Praxisänderung gut zu finden und dem Gemeinderat dafür zu danken, dass die Abschreibung von Postulaten neu als eigenes Traktandum aufgenommen werde. Damit bestehe die Gelegenheit sich dazu zu äussern, ohne dass die Abschreibung quasi in globo im Rahmen der Verwaltungsberichterstattung erfolge.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2010: Optimierung der Strassenkennzeichnung in Langenthal** (erheblich erklärt am 29. November 2010) **wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

4. **Postulat (gewandelte Motion) Schaller Albert (SVP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Änderung der Parkplatzbewirtschaftung bei den Schulanlagen und in der Einstellhalle Verwaltungsgebäude Jurastrasse (erheblich erklärt am 24. Januar 2011); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit dem vorliegenden Prüfbericht habe der Gemeinderat das Anliegen des am 24. Januar 2011 erheblich erklärten Postulats (gewandelte Motion) Schaller Albert (SVP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010 erfüllt.

Insbesondere aus der Erkenntnis, dass es sich bei den Parkieranlagen der Schulanlagen und der Einstellhalle des Verwaltungsgebäudes nicht um öffentliche Parkieranlagen handle, sei der ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss in ein Postulat gewandelt worden. Die Prüfung des Anliegens habe ergeben, dass das Regime der verschiedenen Anlagen unterschiedlicher Natur sei. Aus dem Prüfbericht gehe heraus, dass das Präsidialamt beauftragt worden sei, für alle betrieblichen Parkplätze der Stadt Langenthal eine einheitliche Benutzungsordnung zu erstellen.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (gewandelte Motion) Schaller Albert (SVP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Änderung der Parkplatzbewirtschaftung bei den Schulanlagen und in der Einstellhalle Verwaltungsgebäude Jurastrasse (erheblich erklärt am 24. Januar 2011) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: "Energistadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion"; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Das Hauptanliegen der Motion bestehe darin, eine Studie zum Potenzial einer lokalen Energieproduktion zu erstellen. Im Motionstext werde explizit der Gemeinderat beauftragt, die Studie in Auftrag zu geben. Nach Meinung des Gemeinderates sei diese Formulierung eng gefasst, da die Studie beispielsweise auch von den Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) oder von mehreren Institutionen der Gemeinde zusammen in Auftrag gegeben werden können sollte. Insbesondere der in der Begründung der Motion verwendete Hinweis auf die "Energiregion Bern-Solothurn" zeige, dass eine Zusammenarbeit Sinn mache. "Energiregion Bern-Solothurn" sei ein Verein aus Gemeinden und einer Energieversorgungsunternehmung.

Das Ergebnis einer von den IBL zusammen mit umliegenden Gemeinden durchgeführte Wärmepotenzialabklärung sei bereits vorhanden und werde in die bevorstehende Energierichtplanung integriert. Obwohl gewisse Vorarbeiten (Wärmepotenzialabklärung) bereits geleistet worden seien, gebe es in Bezug auf die bevorstehende Energierichtplanung noch Einiges zu tun.

Damit alle Aufgaben in Angriff genommen werden können, brauche es einen notwendigen Handlungsspielraum. Der Gemeinderat möchte diesen Handlungsspielraum gerne offenhalten, so dass eine gemeinsame Erarbeitung der Studie oder eine gemeinsame Auftragserteilung möglich wäre. Aus diesem Grund mache der Gemeinderat dem Motionär beliebt, den Vorstoss in die Form des Postulats zu wandeln.

Der Motionstext gebe vor, mit der Studie das Potenzial der lokalen Energieproduktion zu beziffern. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass eine ernsthafte und gesamthafte Abklärung (aller vorhandener lokaler Energieträger) Kosten auslöse, die ziemlich sicher im Finanzkompetenz-Bereich des Stadtrates liegen. Aus diesem Grund werde die Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: In der Motion stehe der Text: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben ..."* Damit werde Gemeinderat beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben. Wem der Gemeinderat diese Studie in Auftrag gebe, werde damit ja gar nicht vorgegeben. Im Übrigen gehöre die IBL - seines Wissens - nach wie vor noch der Stadt Langenthal, so dass nichts dagegen spreche, mit den IBL oder mit externen Fachberatern zusammenzuarbeiten. Der Gemeinderat habe höchstens den Lead und könne allenfalls Gespräche mit den umliegenden Regionen führen, was gemäss dem Textlaut der Motion durchaus möglich und auch erwünscht sei.

Mit lokaler Energieproduktion sei nicht nur Strom, sondern auch Wärme gemeint. Damit stelle sich die Frage, wo produziert und wo zum Teil eventuell bereits Etwas genutzt werde oder wo mit kleinem Aufwand Etwas genutzt werden könnte. Die meisten oder ein grosser Teil, der von ihm gewünschten Erhebungen, seien schon gemacht worden. Frau Gemeinderätin Christine Bobst habe erwähnt, dass die IBL zusammen mit der Stadt eine Wärmeerzeugungsabklärung im Erdgasgebiet der Region Langenthal bereits vorgenommen habe. Zusätzlich biete Meteo Schweiz seit kurzem so genannte "Planungsgrundlagen für die Nutzung von Solarenergie" an. Die Unterlagen können telefonisch angefordert werden, womit der Aufwand diese zu erhalten, sicher in Grenzen gehalten werden könne. Das Bundesamt für Energie habe dieses Jahr mit relativ hohem medialen Echo ein Gewässerkataster vorgestellt, worin das Potential der Wasserkraft auch von relativ kleinen Gewässern beziffert werde. Zudem gebe es auch ein GIS Schweiz, welches nebst einer ganze Palette von Sachen wie beispielsweise die Erdwärmennutzung auch die geologischen Grundkarten jedes einzelnen Gebietes der Schweiz enthalte, womit die Themen Geothermie und Erwärme damit bereits abgedeckt seien. Es gehe nun darum, die Erkenntnisse zu sammeln, zusammenzustellen und in einer für den Normalbürger verständlichen Sprache, zusammenzufassen. Sicher gebe es noch einige Erhebungen zu machen, die aber von Fachberatern, von der IBL, von der Stadt selber, oder von allen gemeinsam, bewältigt werden könnten.



Wie auch bereits gehört, werden Gutachten ein Teil des Energierichtplanes sein. Damit wäre es keine Arbeit im Sinne von "nice to have", sondern eine Aufgabe, die frühzeitig und ohne Zeitdruck angepackt werden könnte. Zur Erarbeitung stehe den Gemeinden (seit dem In-Kraft-Treten des neuen Energiegesetzes am 1. Januar 2011) 10 Jahre Zeit zur Verfügung. Nebst dem Richtplan Energie könnten somit auch die Strategiepapiere frühzeitig aufgegleist werden.

Der GPK-Präsident, Urs Zurlinden, habe am heutigen Abend (Traktandum Nr. 1/ESP Bahnhof Langenthal) die Timelines bereits angesprochen. Mit der vorliegenden Motion bestünde die Möglichkeit, die Timeline selber zu bestimmen und frühzeitig zu Etwas Ja zu sagen, das schlussendlich ohnehin gemacht werden müsse. Demgemäss könne jetzt Ja gesagt werden, ansonsten der Gemeinderat die entsprechenden Handlungen irgendwann einmal einfach vornehmen werde, so dass der Stadtrat in vielleicht acht Jahren Ja zu einer entsprechenden Kreditvorlage sagen müsse. Er ziehe es vor bereits heute Ja zu sagen, damit er wisse, dass das Ganze laufe, anstatt zu gegebener Zeit reklamieren zu müssen, wieder ein "5-vor-12-Geschäft" vor sich zu haben.

In diesem Sinne bitte er der vorliegenden Motion zuzustimmen und die etwas pingelige Ansicht der Ressortleitung nicht ganz so wörtlich zu nehmen, wonach nur der Gemeinderat die Studie machen können soll. Er würde bestimmt kein Rechtsverfahren einleiten, wenn sich der Gemeinderat dazu Hilfe von aussen holen würde oder mit den IBL zusammenarbeiten möchte.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion sei offen für neue Energietechnologien, schliesse sich aber voll und ganz der Meinung des Gemeinderates an. Auch die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass Studien dieser Art vor Allem im Interesse und Auftrag von Versorgungsunternehmen erstellt werden müssen und, dass es keine Aufgabe einer Kleinstadt sein könne. Die SVP-Fraktion stelle fest, dass eine Verpflichtung zur Erarbeitung eines kommunalen oder regionalen Energierichtplans vorliege, in den vorhandene Studien bestimmt einfließen können. Die SVP-Fraktion erachte eine weitere Potenzialstudie als völlig überflüssig, zumal bekannt sei, dass solche Studien bereits in grosser Zahl erstellt worden seien, was vom Motionär im Übrigen auch erwähnt worden sei. Die bereits erstellten Studien seien alle neustem Datum. Das Bundesamt für Energie habe mehrere Studien erstellt. Gemeinderätin Christine Bobst habe auf in der Region erstellte Studien hingewiesen. Weiter gebe es Studien vom Paul Scherrer Institut, von Greenpeace Schweiz, dem WWF Schweiz, dem VCS Schweiz, der schweizerische Energiestiftung, der schweizerischen Akademie der technischen Wissenschaften, vom Verband der schweizerischen Elektrizitätsunternehmen und von diversen privaten Personen. In den Studien sei das Potenzial des Mittellandes, des Alpengebietes (Bündlerland, Tessin) erhoben worden. Die Ergebnisse werden somit also sicher in den Energierichtplan der Stadt Langenthal einfließen.

Eine weitere Studie würde enorme Kosten (rund Fr. 200'000.00) auslösen, wäre unnütz und produziere keine einzige Kilo-Watt-Stunde Strom für die Stadt Langenthal. Wichtiger sei es, gegenüber Angeboten von Unternehmen offen zu bleiben und diese nicht an zu engen Bau- und Umweltvorschriften und damit am fundamental umweltschützerischen Gedankengut scheitern zu lassen. Die SVP-Fraktion schliesse sich der Meinung des Gemeinderates an und werde die Motion nicht unterstützen.

Karin Rickli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion sei für die Erheblicherklärung der Motion. Es sei höchste Zeit die Energiewende in Angriff zu nehmen, wozu es verschiedene Massnahmen brauche. Die Studie über mögliche lokale Energieproduktionen sei eine der notwendigen Massnahmen. Auch in Anbetracht des dank dem neuen Energiegesetz zu erstellenden Energierichtplanes, sei die geforderte Massnahme ein hilfreiches Werkzeug. Behörden und Ämter aller Ebenen hätten erkannt, einen neuen Weg gehen zu müssen. Das Ziel bestehe darin, lokale Energie zu produzieren. Nebst der Reduktion der Abhängigkeit von grossen Stromkonzernen und damit vom Ausland, könnte die Stadt Langenthal ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

Sie persönlich erachte es als äusserst wichtig, dass es - wenn es soweit sei und der Richtplan vorliege - lokale Energieversorgungsanlagen geben werde, mit denen die lokale Wirtschaft angekurbelt werden könne, indem beispielsweise die Solaranlagen, die es vielleicht einmal geben werde, von Handwerkern aus der Region hergestellt werden. Es gelte diesen Schritt - auch dem lokalen Gewerbe zu liebe - endlich zu machen.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Dass die Thematik einer regionalen Betrachtung unterzogen werden müsse, sei einleuchtend. Nichts desto Trotz müsse aber jemand die Sache in Angriff nehmen. Weshalb also, sollte dies nicht die Stadt Langenthal sein?

Lukas Felber, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion wiederhole bei Bedarf an jeder Stadtratssitzung gerne, für erneuerbare Energien zu sein. Die FDP/jll-Fraktion glaube aber, dass ein weiterer Papiertiger auf diesem Weg überhaupt nichts bringe und erinnere daran, dass diesbezüglich bereits sehr viel gemacht worden sei.

Die FDP und die Jungliberalen haben am letzten Samstag in Melchnau die grösste gebäudeintegrierte Solaranlage der Schweiz besucht. Diese Anlage sei gebaut worden, ohne dass jemand vorgängig eine sehr teure Studie erstellt habe und ohne dass jemand Subventionen in Anspruch genommen habe.

Die FDP/jll-Fraktion glaube - falls die Erstellung der Studie überhaupt nötig wäre - dass diese Aufgabe zum operativen Geschäft der IBL gehöre und sicher keine Aufgabe der Stadt Langenthal darstelle. Ausserdem sei die Motion zu eng auf Langenthal beschränkt. Die FDP/jll-Fraktion würde sich eine regionalere Betrachtung wünschen, womit Standorte wie Melchnau beispielsweise auf's Tapet gebracht werden könnten.

Aus diesen Gründen und weil in der Vorbereitung der Energierichtplanung solche Arbeiten ohnehin gemacht werden müssen, werde die Motion von der FDP/jll-Fraktion einstimmig abgelehnt.

Manuel Ischi: Dass viele Studien schon gemacht worden seien, streite er gar nicht ab. Was im Regionalgebiet aber fehle, sei eine Zusammenstellung und Auflistung der ganzen Themen und damit eine übersichtliche und logische Masterplanung. Diese Aufgabe sei künftig ohnehin zu machen. Ob dies nun heute geschehe oder in Bezug auf den Energierichtplan noch gemacht werden müsse, spiele wirklich keine Rolle. Seiner Meinung nach sollte die Aufgabe besser vorher erledigt werden, als nachher erledigt werden müssen. Zudem sei das Thema nicht nur von grossem Interesse, sondern es könnte auch für Werbezwecke gebraucht werden. Es könnte externen Firmen dienen, die vielleicht selber nicht alle Abklärungen machen wollen, aber sehr gerne auf ein solches Strategiepapier zugreifen würden.

Die Studie sei kein Papiertiger, weil sie Bestandteil des Energierichtplans sei. Mit der Motion werde die Studie auch nicht explizit auf Langenthal beschränkt, was mit der bewusst offenen Formulierung: "*... und allenfalls später im ganzen Oberaargau verankert werden könnte.*" zum Ausdruck gebracht werde. Er überlasse es dem Gemeinderat, die Aufgabe allein durchzuziehen - was in Anbetracht des Gebietes, das die IBL beliebere jedoch nicht wirklich sinnvoll wäre - oder eine Zusammenarbeit anzustreben. Ausserdem und wie bereits erwähnt, sei die IBL ein städtischer Betrieb. Auch habe er mit keinem Wort erwähnt habe, dass die bereits bestehenden Ergebnisse nicht verwendet werden dürfen.

Er sehe die Argumentation gegen das Anliegen nicht ein, wenn im gleichen Satz erwähnt werde, dass es so wie so Bestandteil des Energierichtplans sei und, dass in diesem Zusammenhang die entsprechenden Aufgaben so wie so zu erledigen seien. Seiner Ansicht nach könne dem Anliegen also genau so gut jetzt zugestimmt werden, als abzuwarten, dass der Gemeinderat in etwa neun Jahren einen entsprechenden Beschluss fasse.

Gemeinderätin Christine Bobst: Die IBL seien zwar nach wie vor zu 100% im Eigentum der Stadt Langenthal, aber sie seien eine öffentlich-rechtliche Anstalt, womit es nicht so einfach sei, in deren Geschäfte reinzureden und ihnen vorzuschreiben, was sie zu tun haben.

Stadtrat Manuel Ischi werfe ihr als Ressortvorsteherin vor, Wortklauberei zu betreiben. Zum Einen habe sie im Namen des Gemeinderates gesprochen und zum Anderen sei es eine Tatsache, dass gemäss Motionstext der Gemeinderat mit der Studie beauftragt werde. Wenn also die Motion überwiesen werde, heisse das, dass der Gemeinde die Studie in Auftrag geben müsse, ohne die Wahl zu haben, es tun zu wollen oder nicht. In diesem Zusammenhang stelle sie sich die Frage, weshalb mit der Motion eine Studie verlangt werde, die eigentlich gar nicht erstellt werden müsse, da gemäss den Äusserungen des Motionärs ausser ein paar Kleinigkeiten, die im Zusammentragen von bereits bestehenden Ergebnissen bestehen sollen, offenbar ohnehin nicht mehr viel unternommen werden müsse.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

In Bezug auf das Votum der Sprecherin der SP/GL-Fraktion halte sie abschliessend fest, sich im Namen des Gemeinderates nicht dahingehend geäussert zu haben, nichts unternehmen zu wollen. Der Gemeinderat wolle sich lediglich den nötigen Spielraum offen lassen und sich nicht zum Voraus zu einer Studie verpflichten lassen, die er gemäss der Motion in Auftrag geben müsste.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Die Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: "Energiestadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion" wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

II. Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Nein (inklusive Stichentscheid des Stadtratspräsidenten) gegen 18 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: "Energiestadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion" wird nicht erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Reto Müller: Dem Gemeinderat sei es wichtig zu betonen, dass der Rechtsdienst der Stadt sowohl die Vorlage, die der vorliegenden Motion als Grundlage diene, wie auch das Verhalten und die Aussagen der Verwaltung und des Gemeinderats zum vormaligen Geschäft¹ als korrekt bestätige. Zitat aus der Stellungnahme des Rechtsdienstes: *"Die Motionäre halten wie erwähnt in der Begründung zur Motion fest, dass mit dem Beschluss des Stadtrates vom 9. Mai 2011 eine neue Gemeindeaufgabe geschaffen worden sei. Diese Feststellung trifft nicht zu."* Der Rechtsdienst komme zu diesem Schluss, weil die Stadt für die Untervermietung der Wohnungen in einem gewerblichen und somit nicht subventionierten und nicht hoheitlichen Markt tätig sei. Die Stadt greife damit auch nicht hoheitlich in die Rechtstellung der Bürgerinnen und Bürger ein. Da die Stadt voll und ganz in diesem Markt, im Gewerbe und auch in Konkurrenz tätig sei, brauche es kein Reglement. Um diese Tätigkeit auszuüben, reiche der Beschluss des zuständigen Organs, was im vorliegenden Fall und in strenger Auslegung des Bruttoprinzips mit dem Stadtratsbeschluss vom 9. Mai 2011 erfolgt sei. Dass ein einfacher Finanzierungsbeschluss genüge, werde unter Anderem in Artikel 62 des Gemeindegesetzes (GG) geregelt. Der Rechtsdienst gehe in der Begründung der Rechtmässigkeit dieses Beschlusses noch weiter. Zitat: *"Wie die folgenden Ausführungen zeigen, genügt der durch den Stadtrat gut geheissene Beschluss zu den Seniorenwohnungen an der St. Urbanstrasse selbst dann, wenn mit den Motionären davon ausgegangen würde, dass damit die Schaffung einer neuen Gemeindeaufgabe verbunden war. ... Artikel 62 des Gemeindegesetzes bestimmt, dass Gemeinden selbstgewählte Aufgaben durch einen Erlass oder einen Beschluss des zuständigen Gemeindeorgans übernehmen."* In der Stellungnahme werde Artikel 62 ebenfalls noch ausführlich hinsichtlich des Legalitätsprinzips behandelt, das vom Bundesgericht dahingehend ausgelegt worden sei, dass Gemeinden für örtliche Obliegenheiten einen gewissen Handlungsspielraum haben sollen und, dass die Übernahme von kommunalen Aufgaben durch einen Erlass tendenziell dann naheliege, wenn es sich um eine dauernde Aufgabe handle.

Die Tatsache, dass in der Stadtratssitzung am 28. November 2011 das Projekt einer neuen Rechtsform für das Gesamt-Alterszentrum Haslibrunnen (hoffentlich) gestartet werde, lasse durchaus den Zweifel zu, ob es nützlich und sinnvoll sei, zum jetzigen Zeitpunkt ein Reglement zu schaffen.

Die Gemeindeverordnung (GV) habe die Verrechnung der Tätigkeiten zum Ziel. Zitat: *"Artikel 90 Gemeindeverordnung bestimmt, dass Leistungen der Gemeinde, welche diese in Konkurrenz zu Privaten erbringt, mindestens zu kostendeckenden Preisen am Markt angeboten werden. Ausnahmen bedürfen einer Grundlage in einem Reglement."* Der Gemeinderat habe nie ein subventioniertes Angebot oder ein Angebot einrichten wollen, das dem Kostendeckungsprinzip nicht entspreche.

Der Gemeinderat habe, wie den Grundlageakten entnommen werden könne, die Motion - basierend auf diesen Rechtsgrundlagen - ausführlich besprochen. Die Diskussion habe sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt um ein eigentliches Aufnahmereglement und damit um den Sinn oder Unsinn eines Aufnahmereglementes für Alterswohnungen gedreht. Von einigen Mitgliedern Gemeinderats sei dies aufgrund der Transparenz und der damit verbundenen Rechtssicherheit befürwortet worden. Von anderer Seite sei im Gegenzug aber angeführt worden, dass die Erarbeitung konkreter Aufnahmekriterien zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs sehr schwierig sei.

¹ Traktandum Nr. 1 der Stadtratssitzung vom 9. Mai 2011: Projekt "Wohnen mit Dienstleistungen" (Seniorenwohnungen St. Urbanstrasse 40 und 42); Projektgenehmigung und Bewilligung der Finanzierung



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Eine ebenso kritische Diskussion habe über den wahrscheinlichen Zeithorizont zwischen der Schaffung eines Reglementes jetzt, und der Auslagerung des ganzen Betriebes des Alterszentrums Haslibrunnen in eine eigene Rechtsform, stattgefunden. Gemäss der Stellungnahme des Rechtsdienstes müsste zusätzlich zur Schaffung des Reglementes künftig auch definiert werden, welche staatliche Leistung die Stadt (durchaus auch im monetären Sinn) an die Bewohnenden der Alterswohnungen erbringen würde. In diesem Sinne sei die Motion etwas verwirrend bzw. nicht im Sinne des Gemeinderates, da es aus rechtlicher Sicht nicht einfach machbar sei, das Reglement nur "um des Reglementes Willen" zu schaffen. Das Anbieten der Alterswohnungen an der St. Urbanstrasse müsste als vollwertige öffentliche Aufgabe der Stadt nicht nur reglementiert, sondern auch anerkannt und in gewissem Sinne auch alimentiert werden, was zu einer Subventionierung von Leistungen führen könnte oder müsste. Ob dies letztlich - gemäss der Stadtratsdebatte im Mai 2011 - im Sinne der Motionäre sei, lasse er gerne als Frage im Raum stehen. Allenfalls werde die Frage im Zuge der folgenden Debatte heute noch beantwortet.

Wenn der Stadtrat das Reglement heute beschliesse, wäre der Gemeinderat somit froh zu erfahren, welche Punkte der neuen Aufgabe, oder welche Leistungen der Stadt dann künftig als Subvention angeschaut würden. Interessant wäre auch zu erfahren, welche Leistungen neu als öffentliche Leistung oder Subvention abgegolten werden sollen, um dann auch auf die Mithilfe des Parlamentes zählen zu können, wenn dann ein erarbeitetes Reglement vorgelegt werde, das genau diese Punkte regeln und bestimmen soll. In diesem Sinne müsse, wer heute zur Schaffung eines Reglementes Ja sage auch bereit sein, zu den Kosten und zur Umsetzung eines solchen Reglementes Ja zu sagen, weil das Alterswohnen in der Stadt Langenthal als eine neue öffentliche Aufgabe definiert und als städtische Aufgabe angeboten würde.

Der Gemeinderat habe nie eine öffentliche, subventionierte Aufgabe schaffen wollen. Der Gemeinderat wolle Wohnungen anbieten, was bereits geschehe, die im Markt und in gesunder Konkurrenz zu den Privaten stehen und um das Angebot der Stadt im Bereich Wohnen mit Dienstleistungen attraktiv zu ergänzen.

Aufgrund der dargelegten Notwendigkeit und der rechtlichen Lage habe sich der Gemeinderat gegen den Ausbau der Bürokratie und damit gegen die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion ausgesprochen. Die Stimmenthaltung zweier Mitglieder sei damit zu begründen, dass diese durchaus auch einem Aufnahme-reglement oder entsprechenden Regelungen positive Aspekte abgewinnen können. Zudem haben diese beiden Mitglieder den Motionären ein Zeichen des Dankes schicken wollen, dass sie mit ihrem Anliegen den demokratischen Weg der Motion beschritten haben, und nicht den früher im Raum gestandenen Weg der Beschwerde gegangen seien, da das ganze, kurz vor dem Abschluss stehende Projekt zur neuen Rechtsform durch Verzögerungen gefährdet werden könnte.

Im Falle der Wandlung der Motion in ein Postulat befürworte der Gemeinderat die Erheblicherklärung des Postulats mit gleichzeitiger Abschreibung - aufgrund der ausführlichen Abklärungen, die zu diesem Geschäft bereits getätigt worden seien.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion teile die Meinung der Motionäre, weshalb er mit seinem Votum die Meinung der SVP-Fraktion als auch seine Meinung als Motionär vertrete.

Es gehe nicht mehr um die Rechtmässigkeit. Wenn die Rechtmässigkeit hätte erstritten werden wolle, wäre dies in Form der Beschwerde erfolgt. Für sie als Motionäre stehen eigentlich wirtschaftliche und zweckmässige Gründe im Vordergrund, weshalb eben nicht der Rechtsweg beschritten worden sei.

Die SVP-Fraktion unterstütze den Vorstoss betreffend den Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren und spreche sich für die Erheblicherklärung aus. Ausschlaggebend für die Haltung sei vor Allem die Tatsache, dass mit der seit 1. Januar 2011 gültigen Neuordnung der Pflegefinanzierung für den Betrieb des Altersheims und den damit zusammenhängenden Dienstleistungen für die Stadt als Trägerin des Altersheims gegenüber früher, eine völlig neue Ausgangslage herrsche. Mit der neuen Objektfinanzierung werden nicht mehr automatisch alle Leistungen im Lastenausgleich anerkannt. Auch richte der Kanton keine Investitionsbeiträge an die Heime mehr aus, womit sich das Risiko der Stadt als Trägerin des Altersheims wesentlich erhöhe.



Im Gegensatz zu Heimbetrieben in Form von Stiftungen verfüge das Altersheim Haslibrunnen als kommunales Altersheim über kein Eigenkapital und keine finanziellen Reserven, was für Investitionen oder für Defizite (aus nicht in der Pflegefinanzierung des Kantons enthaltenen Leistungsangeboten) herangezogen werden könnte. Investitionen oder finanzielle Belastungen für Leistungen, die eben wie das betreute Wohnen für Senioren nicht zum primären Leistungsangebot gehören, belasten die Gemeinderechnung im Fall von negativen Ergebnissen direkt und können erst längerfristig über höhere Tarife wieder ausgeglichen werden. Dies sei der eigentliche Hauptgrund der vorliegenden Motion. Denn wenn das Angebot einer solchen oder anderen - durchaus sinnvollen - Dienstleistung (Diversifikation) erbracht werden soll, dann müsse dies in einem Reglement festgehalten werden, damit die Verantwortlichkeiten und die Finanzierbarkeit sicher und klar geregelt sei.

Die SVP-Fraktion sei aus Gründen der Vorsicht und der Rechtssicherheit der Auffassung, dass die Grundsätze für betreutes Wohnen für Senioren in einem Reglement zu definieren seien. Für die Reglementierung spreche auch die Tatsache, dass der Stadt ein finanzielles Risiko obliege, weil sie eine jährliche Mietzinsgarantie von Fr. 30'000.00 trage, da im Falle des Leerstandes die Fr. 30'000.00 den Mietern nicht über die Tarife belastet würden. Wichtig für die SVP sei, dass in einem Reglement die Eigenwirtschaftlichkeit, die Zuständigkeiten, die Aufsicht sowie eine saubere Trennung von Kosten, die innerhalb der Pflegefinanzierung liegen und solchen, die ausserhalb der Pflegefinanzierung liegen, sauber, klar und verbindlich festgelegt werden, was in der Vorlage nicht der Fall sei. Bei der Budgetierung werde sich die Finanzkommission - wenn keine klare Regelung vorliege - bei der Frage, wie dies zugewiesen werden soll, sicher die Zähne ausbeissen. Wichtig sei für die SVP auch der Vorrang von Langenthaler Bürgern bei der Mieterwahl. Dies soll schriftlich und verbindlich festgelegt werden.

Was die SVP-Fraktion nicht wolle - da betreutes Wohnen nicht unbedingt eine neue Gemeindeaufgabe sein soll - dass in der Reglementsgrundlage irgend ein Rechtsanspruch für den Platz von betreutem Wohnen geschaffen werde. Die Rechtsgrundlage soll bedürfnisentsprechend aber ohne einen Rechtspruch gestaltet werden.

Offensichtlich sei unterdessen auch der Gemeinderat der Meinung, dass das Leistungsangebot und die Organisation des Altersheims inklusive Nebenleistungen, reglementarisch geregelt werden müssen. Wie Gemeinderat Reto Müller gesagt habe, sei das Geschäft bereits in der Finanzkommission gewesen. Ein Projektierungskredit für die Ausgliederung des Altersheims werde dem Stadtrat vorgelegt. Für die neue Rechtsform (Stiftung, AG oder was auch immer) soll - analog den IBL - eine ausführliche Reglementsvorlage für den Leistungsauftrag, für die Finanzierung und die Organe des Altersheims geschaffen werden. Bei den IBL seien die gewerblichen Leistungen ebenfalls auf eine Rechtsgrundlage gestellt worden. Es führe kein Weg darum herum, auch für betreutes Wohnen eine Reglementsgrundlage zu schaffen.

Persönlich warne er jedoch davor, wieder eine Vorlage im Sinne von "plein pouvoir" für eine ausgegliederte Rechtsform zu schaffen. Bei den IBL seien damit leidvolle Erfahrungen gemacht worden. Im ersten "Umgang" habe es vom Gemeinderatstisch her ähnlich getönt, wonach dies und das nicht nötig sein soll. Im zweiten "Umgang" sei dann eine saubere Regelung erfolgt, womit das Geschäft dann vom Stimmbürger genehmigt worden sei.

Mit dem Reglement über das Leistungsangebot von betreutem Wohnen für Senioren werde der erste Schritt in die richtige und geplante Richtung gemacht. Die SVP-Fraktion bitte deshalb den Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Beatrix Greber, SP/GL-Fraktion: Mit dem Beschluss des Stadtrates zur Vermietung der Seniorenwohnungen mit Dienstleistungen übernehme die Stadt keine neuen öffentlichen Aufgaben. Die Stadt fordere auch keine hoheitlichen Abgaben, was vom Rechtsdienst der Stadt bestätigt und von Gemeinderat Reto Müller ausführlich dargelegt worden sei. Aus diesem Grund sei die Erarbeitung einer reglementarischen Grundlage nicht erforderlich. Für dieses Geschäft müsse die Bürokratie, die nicht gratis zu haben sei, nicht gefördert werden. In einem allfälligen Reglement würde schon das Aufnahmeverfahren anspruchsvolle kritische Fragen auslösen, wie wer aufgenommen werden dürfe oder müsse. Jedes Reglement zeige nur Wirkung, wenn die festgelegten Kriterien eingehalten und kontrolliert werden.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Zudem müsse die Nichteinhaltung Konsequenzen zur Folge haben. Fraglich sei, wer für die Mehrkosten der Kontrolle verantwortlich wäre und wer diese bezahlen müsste - etwa die Senioren? Die Senioren möchten bestimmt lieber günstige Wohnungen als viel Bürokratie.

Für die SP/GL-Fraktion seien die Begründungen von Gemeinderat Reto Müller gut nachvollziehbar und sehr überzeugend. Die SP/GL-Fraktion werde die vorliegende Motion deshalb nicht annehmen.

Ruth Trachsel, EVP/glp-Fraktion: Die Stadt Langenthal vermiete durch das Alterszentrum Haslibrunnen Wohnungen für betreutes Wohnen von Senioren im Neubau der CoOpera-Stiftung an der St. Urbanstrasse. Ob die Stadt mit dieser Vermietungstätigkeit eine öffentliche Aufgabe wahrnehme, die reglementarisch verankert werden müsse, bestehe zwischen den Motionären und dem Gemeinderat Uneinigkeit.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Gemeinderat zu, dass es sich bei diesem Vorstoss um eine Motion mit Weisungscharakter handle. Die EVP/glp-Fraktion teile auch die Meinung des Gemeinderates, dass es sich bei der Liegenschaftsverwaltung um eine rein gewerbliche Tätigkeit der Stadt handle, die auf privat-rechtlicher Basis ausgeführt werde. Die Stadt Langenthal lege die Mietzinse nicht selber fest, sondern übernehme sie von der Investorin. Von der Stadt würden somit keine Subventionen fließen, die allenfalls einer städtischen Aufgabe zugeordnet werden könnten. Aus diesen Gründen werde die EVP/glp-Fraktion die vorliegende Motion nicht erheblich erklären. Bei einer allfälligen Wandlung der Motion in ein Postulat würde der Vorstoss die Unterstützung der EVP/glp-Fraktion erhalten.

Rudolf Lanz, FDP/jll-Fraktion: Das an der Stadtratssitzung im Mai 2011 Verhandelte sei heute offenbar nicht mehr ganz so bekannt, was er als eine echt schaurig spannende Politik erachte, zumal das damals Verhandelte auf ein juristisches Gutachten - das nota bene von den eigenen Leuten erstellt worden sei - reduziert werde.

Die FDP/jll-Fraktion behandle - wie der Gemeinderat auch - die Motion als Motion mit Weisungscharakter, halte jedoch entgegen der Meinung des Gemeinderats einstimmig an deren Erheblicherklärung fest.

Die Motionäre wollen, dass gewisse Kriterien in einem Reglement festgehalten werden. Namentlich die Auswahl der Mieter und eine Grundlage für die Vermietung und für die Benutzung von Dienstleistungen. Die Motionäre wollen aber auch eine Eigenwirtschaftlichkeit des Betriebes. Demgemäss wisse er nicht, was Gemeinderat Reto Müller mit seinen Äusserungen zur Subventionierung eigentlich sagen wollte. Mit der Motion soll auch die Verantwortung und die Zuständigkeit, die Aufsicht und die Kontrolle sowie ein transparenter Ausweis der Kosten und der Erträge aufgezeigt werden. Diese Punkte seien in einem Reglement klar zu umschreiben, damit - wie Stadtrat Beat Sterchi bereits erwähnt habe - die Rechtssicherheit gewährleistet werden könne. Als Motionäre wollen sie aber auch ein Willkürverbot und, dass jedes staatliche Handeln auch über eine Grundlage verfüge.

Gemeinderat Reto Müller habe das in der Mai-Debatte Gesagte festgehalten. Der Arbeitsstil von Gemeinderat Reto Müller gleiche seinem eigenen. Auch er habe in den Unterlagen zur Mai-Debatte nachgeschaut und sich dabei aus den Grundlagen des Gemeinderates Folgendes notiert: *Das Projekt Wohnen mit Dienstleistungen sei Teil seines integrierten Konzeptes "Wohnen im Alter", das sich aus folgenden Elementen zusammensetze: Altersleitbild, strategisches Wohnen im Alter und Richtlinien der Regierungstätigkeit.* Weiter werde in den Akten ausgeführt: *"Mit der Vermietung der Seniorenwohnungen durch das Altersheim Haslibrunnen, wird zudem der kantonalen Altersplanung Rechnung getragen."* Auch damit werde auf übergeordnetes kantonales Recht und auf eine hoheitliche Aufgabe abgestützt.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Gemeinderat Reto Müller habe in der Stadtratssitzung am 9. Mai 2011 gemäss Protokoll festgehalten, dass die Vermietung des Seniorenwohnheims durch die Stadt einen Schritt darstelle, der für die zu erfüllende Strategie unabdingbar sei. Zitat: *"Die Altersversorgung ... sei für den Gemeinderat mehr als eine gesetzliche Verpflichtung oder eine moralische Verantwortung. Die Übernahme neuer Aufgaben in diesem Projekt mache Sinn, weil die Tätigkeit der Hausverwaltung, die der Hauswartung und die der Dienstleistungserbringenden (Pflegerpersonen) - die mittels Vertrag mit dem Alterszentrum Haslibrunnen garantiert werden - aus Sicht des Gemeinderates aus einer Hand passieren müssen, damit das umfassende Betreuungskonzept richtig greifen könne."* Interessant sei, dass am 9. Mai 2011 politisch argumentiert worden sei, indem das "Wohnen mit Dienstleistungen" als Gemeindeaufgabe und als strategische Aufgabe dargestellt worden sei, wogegen heute wegen fehlender anderer Argumente nur noch rechtliche Argumente vorgebracht werden. Der Gemeinderat bringe nämlich keine neue öffentliche Aufgabe vor, sondern bezeichne es vielmehr als eine gewerbliche Tätigkeit, die auf privat-wirtschaftlichen Verträgen basiere und stelle ein hoheitliches Auftreten in Abrede. Es mute komisch an, weil das Rechtsgeschäft, das getan worden sei, ein ungewohntes Rechtsgeschäft sei. Obwohl es einen Privaten gäbe, der Seniorenwohnungen anbieten würde, übernehme die Stadt von diesem Privaten zwei Wohnblöcke und wolle diese weitervermieten, was ein ungewöhnliches Rechtsgeschäft sei. Jeder Richter werde dieses Vorgehen schon einmal in Frage stellen, weil nicht klar sei, was damit beabsichtigt werde. In diesem Fall könnte dann nicht gesagt werden, dass es nicht hoheitlich sei.

Gemeinderat Reto Müller führe als grosses Argument auch an, dass das Ganze ja kostendeckend sei und dass es nur ein Reglement brauchen würde, wenn keine Kostendeckung gegeben wäre. Dieser Aussage könne er zustimmen, halte aber ausdrücklich fest, dass auch das, was kostendeckend sei, transparent ausgewiesen werden müsste. Heute bestehe keine Transparenz. Die Kosten und Erträge würden irgendwo in das Sammelsumrium Alterswohnheim Haslibrunnen fliessen und seien nicht ausgewiesen. Stadtrat Beat Sterchi habe auch bereits erwähnt, dass das Risiko von Fr. 30'000.00, das die Stadt eingehe, nur ein Teil der Kosten sei, da es fraglich sei, was passiere, wenn ein Mieter die Miete nicht bezahlen könne. In diesem Fall würde die Stadt auf der Miete sitzen bleiben und müsste der Vermieterin (CoOpera) den entsprechenden Betrag überweisen.

Damit sei klar, dass im Mai politisch anders argumentiert worden sei als heute. Heute stütze sich der Gemeinderat auf rechtliche Hinweise (Rechtsgutachten) ab. Als Jurist und im Hinblick auf die Beschwerde, die er und seine Mitmotionäre haben einreichen wollen, könne er sagen, die Pros und Contras bereits abgewogen zu haben. Als Motionäre hätten sie die Pros und Contras zum Teil gleich gesehen, zum Teil habe aber eine andere Wertung der Fakten stattgefunden. Es könne jedoch nicht gesagt werden, dass eine Kostendeckung vorliege, wenn die Kosten nicht erfasst werden. Damit werde entweder eine Behauptung aufgestellt oder ein Wunsch in den Vordergrund gestellt. Aus diesem Grund werde die FDP/JLL-Fraktion an der Motion festhalten.

Beatrice Lüthi: Vielleicht werde sie ein paar Sachen wiederholen, die bereits gesagt worden seien, aber es sei ihr halt ein Anliegen sich zum Thema zu äussern, vor Allem weil sie im Mai gesagt habe, zuerst das Bein hingehalten zu müssen, bevor gemerkt werde könne, ob ein Misstritt gemacht worden sei oder nicht.

Heute komme die ganze Argumentation des Gemeinderates wirklich etwas "juristokratisch" und irgendwie etwas leger daher. Sie habe sich deshalb die Frage gestellt, wie heute der Stand der Dinge sei und wie es weitergehen soll. Ein Gemeinwesen wie die Stadt Langenthal sei letztlich etwas Künstliches. Es gelte zu definieren, welches Gebiet die Stadt habe, wie sie sich zusammensetze, was sie für Mitglieder habe und vor Allem, welche Aufgaben die Stadt habe. Das heisse also, dass festgelegt und definiert werden müsse, worum es gehe. Letztlich werde festgeschrieben, was gemacht werden soll, wie eine Aktiengesellschaft die im Handelsregister eingetragen sei, oder wie es in den Statuten eines Vereins der Fall sei.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Da ihr das Rechtliche etwas zu schnell gehe, habe sie - im Wissen sich immer etwas auf Stufe Bund zu bewegen - deshalb ihre Bibel (Bundesverfassung) konsultiert, worin in Art. 5 Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns stehe: ¹ *Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.* ² *Staatliches muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.* Es gebe noch eine Kantonsverfassung, darin stehe in Art. 112 Aufgaben: ¹ *Die Einwohnergemeinden erfüllen die Aufgaben, die ihnen von Bund und Kanton übertragen werden.* ² *Sie können weitere Aufgaben übernehmen, soweit nicht Bund oder Kanton oder andere Organisationen dafür ausschliesslich zuständig sind.* Dann gebe es noch die Stadtverfassung worin in Art. 3 stehe: ¹ *Die Stadt erfüllt die Aufgaben, die ihr von Bund und Kanton übertragen werden.* ² *Die Stadt kann weitere Aufgaben übernehmen, soweit nicht Bund, Kanton oder andere Organisationen dafür ausschliesslich zuständig sind.*

Das alles heisse eigentlich, dass das Legalitätsprinzip gelte. Dazu brauche es eine Rechtsgrundlage - für das, was man tue - und es brauche immer ein öffentliches Interesse, was letztlich eben dort gelte, wo öffentlich-rechtlich gehandelt werde und wo öffentliche Aufgaben erfüllt werden. Schlussendlich gelte es aber auch dort, wo eine Gemeinde privat-rechtlich handle und wo sie private Aufgaben übernehme, wie eine private Person oder wie ein privates Unternehmen. Der Grund sei der, dass die Betätigung einer Gemeinde auf dem Markt eine Marktverzerrung erzeuge. Damit werden andere Leute konkurrenziert, die davon leben möchten und die davon letztlich auch Steuern zahlen sollten. Wer sich marktwirtschaftlich-privatrechtlich betätige, trage auch ein Risiko. Wenn sich die Stadt Langenthal also in diesem Feld betätigen wolle, dann sei sie der Meinung, dass die Stadt auch ein Damen-Kleider-Geschäft in Langenthal eröffnen könnte, zumal es anhand der bereits bestehenden Geschäfte offenbar rentiere. Damit liessen sich Mittel generieren. Noch sexier wäre die Eröffnung eines Damen-Unterkleider-Geschäftes. Wer dies konsequent durchdenke, komme vielleicht zum Schluss, weshalb eigentlich nicht gleich ein Beat Uhse-Laden oder ein Pornovideogeschäft eröffnet werden sollte, weil sich damit Geld verdienen liesse. Auch wenn es Stadtrat Samuel Köhli "Wurst" sein sollte, wäre das doch vielleicht eine mögliche Idee, damit sogar die Steuern senken zu können.

Es sei wichtig, die Aufgaben nicht zu vermischen und dabei ganz klar zu wissen, was getan werde. Wenn dann aber trotzdem eine Vermischung stattfinde, sollte wenigstens darauf geachtet werden, transparent zu handeln, damit erkannt und überprüft werden könne, welche Mittel woher und wohin fliessen. In diesem Sinne gebe sie den Stadträten Beat Sterchi und Rudolf Lanz wirklich Recht.

Wenn nun der Rechtsdienst der Stadt Recht hätte oder habe, dass sich eine Gemeinde ohne Reglement benehmen können wie sie wolle, dann heisse dies nur, dass ein Reglement vielleicht rechtlich nicht erforderlich wäre. Trotzdem sei sie aber der Meinung, dass der Stadtrat als legislative Behörde politisch argumentieren und entscheiden sollte. Wenn ein Reglement nicht nötig wäre, dann könnte eines geschaffen werden, zumal damit immerhin aufgeräumt und Ordnung geschaffen würde, wie es sich gehöre. Sie sei der Meinung, dass ein Reglement gebraucht werde. Ob dies nun rechtlich zwingend wäre oder nicht. Anders als der Rechtsdienst der Stadt, sei sie der Meinung, dass es zwingend sei. Aus diesem Grund gelte es doch die ganze Angelegenheit auf politischem Weg zu regeln. Nur so lasse sich beobachten, ob die Kosten gedeckt sein werden. Ausserdem könnte so entsprechend gehandelt werden, falls etwas anders laufen würde als gewollt. In diesem Sinne sei es nötig eine Auslageordnung zu machen, um Handlungsoptionen zu erhalten und um damit Entscheide treffen zu können. Sie empfehle die Motion erheblich zu erklären.

Stefan Ryser: Niemand brauche zu befürchten, dass er mit Damen-Unterwäsche argumentieren wolle und da er kein Jurist sei, werde er sich auch nicht zum Rechtlichen äussern. Zwei Sachen würden ihm aber zu denken geben.

Er habe einmal einen Fall erlebt, dass drei Juristen gleicher Meinung gewesen seien, was ihm doch sage, dass da irgendetwas überhaupt nicht stimmen könne. Auch das vorliegende Geschäft sei mindestens schon von drei Juristen geprüft worden; namentlich vom Rechtsdienst der Stadt und von den beiden Vorrednern. Da sich die Juristen nicht einig seien, könnte tatsächlich am Rechtlichen etwas dran sein. Gemäss seiner Vorrednerin gelte es die Angelegenheit aber nicht rechtlich, sondern politisch zu betrachten:



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

- Er habe gehört, dass eine vom Kanton herausgegebene Studie für die Stadt Langenthal "übergeordnetes Recht" bedeute, womit deren Ergebnis eine Gemeindeaufgabe darstelle. Als Nicht-Jurist wisse er dies nicht, könne es sich beim Betrachten der Studie aber auch nicht vorstellen.
- Die Kosten und Erträge betreffend die Seniorenwohnungen seien nur verschwommen und nicht transparent ausgewiesen. In diesem Zusammenhang stelle sich ihm die Frage, wie viele Senioren bereits in die Wohnungen eingezogen seien. Obwohl er noch keine entsprechende Rechnung bzw. Planung gesehen habe, sei er davon überzeugt, dass jemand entsprechende Rechnungen angestellt habe, um zu wissen, welche Mietzinse zur Kostendeckung notwendig seien. Er gehe nicht davon aus, dass Intransparenz geschaffen werden soll. Er gehe eher davon aus, dass vielleicht persönliche Belange mehr Grund geben, das Geschäft anzugreifen.

Beim vorangehenden Traktandum Nr. 5 sei die Motion Ischi Manuel (gip) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: "Energiestadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion" beraten worden. Stadtrat Manuel Ischi hätte in Bezug auf Energie eine Studie gewollt. Während der Beratung sei auf dem Wort Studie herumgehackt worden. Die Stadt Langenthal habe nun noch rund 9,5 Jahre Zeit entsprechend zu handeln, so dass sich die eine Seite veranlasst gesehen habe, zu sagen, dass damit noch kein Handlungsbedarf bestehe. Beim vorliegenden Geschäft soll das Alterszentrum Haslibrunnen in Bezug auf die Rechtsform und andere Themen geprüft werden. Obwohl das nicht erst in 10 Jahren, sondern bereits nächstens geschehen werde, soll nun in aller Eile ein Reglement erlassen werden, bevor die Überprüfung überhaupt stattgefunden habe. Er erachte diese Vorgehen nicht unbedingt als sehr schlau. Er empfehle das Prüfungsergebnis abzuwarten und sich allenfalls einmal mit der Transparenz der Gemeinderechnung auseinanderzusetzen.

Markus Gfeller: Vorweg habe er schon einmal gar nicht verstanden, was Gemeinderat Reto Müller mit seinen Äusserungen zu den Subventionen eigentlich habe sagen wollen. Diesen Punkt betreffend könne er die Aussage von Stadtrat Rudolf Lanz nur unterstützen, der bereits gesagt habe, dass der Text der Motion ganz klar formuliert sei, wonach die Eigenwirtschaftlichkeit des Betriebes verlangt werde. Ausserdem hätte er sehr gerne die Rechtsgrundlagen gesehen, mit welchen begründet werden könne, weshalb wegen eines Reglementes nun auch noch Subventionen gesprochen werden sollten.

Stadträtin Beatrix Greber habe interessanterweise gesagt, dass beim Erlass eines Reglementes die Frage geklärt werden müsste, wer denn in eine Seniorenwohnung aufgenommen werden dürfte oder sollte, was aber noch gar nicht jetzt festgelegt werden sollte. Die Aussage werfe seinerseits die Frage auf, wenn dann, wenn nicht jetzt? Da dies ein wichtiger Punkt sei, möchte er diese Entscheidung nicht von untergeordneten Chargen treffen lassen. Es gelte entsprechende und genaue Kriterien in einem Reglement festzuhalten. Es bestehe eben ein Unterscheid darin, ob ein privater Anbieter oder die Stadt, die mehr im öffentlichen Scheinwerferlicht stehe, Wohnungen vermiete. Da die Stadt nun mal Wohnungen vermieten wolle und damit im Scheinwerferlicht stehe, dann müsse auch von Anfang an dafür gesorgt werden, dass die richtigen Regeln angewendet werden.

Dass nach einer neuen Rechtsform für das Alterszentrum Haslibrunnen oder vielleicht sogar für alle Altersaufgaben gesucht werden soll, freue ihn natürlich persönlich. In Bezug auf die zu vermietenden Wohnungen seien die wichtigen Fragen aber von Anfang an richtig in den Griff zu bekommen.

Im Zusammenhang mit der transparenten Rechnungslegung liege ihm ein Schreiben des Finanzamtes vor, wonach bis anhin für das Alterszentrum Haslibrunnen noch keine separaten Konten geführt werden und, dass bisher auch noch keine separaten Konten beantragt worden seien. In diesem Sinne bezweifle er mindestens aus heutiger Sicht, wie ernsthaft nach der dauernd versprochenen Transparenz gesucht werde, so dass künftig ein Nachvollzug der Zahlen in der Rechnung und nicht nur via einer Excell-Tabelle möglich sein werde.

Er bitte der Motion zuzustimmen, um ein sauberes und transparentes Reglement für diese neue Aufgabe erlassen zu können.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Urs Zurlinden: Im Bewusstsein, dass die Meinungen bereits gemacht seien, probiere er trotzdem die Gegner eines Erlasses zum Umdenken zu bewegen. Die politischen Fronten würden manchmal eigenartig verlaufen. Von der Seite, die oft von Bürokratieabbau spreche, werde ausgerechnet heute Abend ein Reglement für den Betrieb eines von der Stadt neu übernommen Bereichs gefordert. Wogegen sich die andere Seite mit Händen und Füßen gegen eine Reglementierung für die neue Aufgabe der Stadt wehre. Der einen Seite liesse sich vorwerfen, schlechte Verlierer zu sein, weil bereits im Mai 2011 der Entscheid gefällt worden sei, der der anderen Seite nicht gefallen habe, was vermutlich auch der Wahrheit entspreche.

Er persönlich erachte den im Mai 2011 getroffenen Entscheid nach wie vor als falsch. Die Stadt Langenthal sollte nicht auf dem Vermietermarkt auftreten und eine Rolle spielen, die ihr eigentlich gar nicht zukomme. Es gehe nicht darum, Altersheimpolitik zu betreiben, sondern es gehe nur darum, Wohnungen zu vermieten. In der Übernahme der neuen Aufgabe erkenne er keine Win-Win-Situation, sondern eine Lose-Lose-Situation. Falls eine übergrosse Nachfrage nach Wohnungen bestehe, stelle sich tatsächlich die Frage, wer Mieter werden dürfe und wer nicht. Demgemäss brauche es eine gewisse Ordnung und Reglementierung, um die Absagen zu erteilen. Falls die Nachfrage kleiner als erwartet wäre - und tatsächlich seien bis heute noch nicht alle Wohnungen vermietet - sei ein gewisses finanzielles Risiko für die Stadt vorhanden, das auch wieder einer reglementarischen Handhabung bedürfe.

Er sei der Meinung, dass die Stadt, die nun leider einmal Wohnungsmaklerin geworden sei, dies im Bewusstsein machen soll, dafür eine Rechtsgrundlage zu brauchen. Aus diesem Grund bitte er die gegnerische Seite, sich ihren Entscheid nochmals zu überlegen, über den eigenen Schatten zu springen und der Motion zuzustimmen.

Manuel Ischi: Wieso immer von einer neuen Aufgabe der Stadt gesprochen werde, könne er sich nicht erklären. Er kenne die Zahlen nicht, die Auskunft darüber geben würden, für wie viele Wohnungen, Hobbyräume, Musikzimmer, Liegenschaften etc. die Stadt bereits als Vermieterin tätig sei. Wenn schon und konsequenterweise müsste demnach nicht nur ein Reglement für die Vermietung der paar Wohnungen an der St. Urbanstrasse, sondern es müssten Reglemente für alle von der Stadt verwalteten und vermieteten Liegenschaften erlassen werden. Wenn dem so wäre, würde auch er zu den Befürwortern der Motion zählen. Wogen er einem Reglement, das sich nur auf die paar Alterswohnungen an der St. Urbanstrasse beziehe, nicht zustimmen könne.

Beat Sterchi: Stadtrat Manuel Ischi weise er darauf hin, dass die Ausgliederungsvorlage des Alterszentrums Haslibrunnen natürlich nicht nur die Regelung zur Vermietung der Seniorenwohnungen enthalte. Die vorliegende Motion gehe eigentlich in die gleiche Richtung wie der Gemeinderat die Ausgliederungsvorlage gestaltet habe. Seiner Meinung nach werde reine Wortklauberei betrieben. Die Vermietung müsse auf jeden Fall geregelt werden, weil die Trägerschaft geändert werden soll, was nach einem Leistungsbeschrieb verlange. Ob die Leistung nun gewerblicher oder hoheitlicher Natur sei, spiele absolut gar keine Rolle. Seiner Ansicht nach wäre es einfacher zwei Reglemente zu machen. Eines über das Wohnen mit Dienstleistungen für Senioren und das andere für den effektiven Heimbetrieb. Im Übrigen liefere der Kanton eine Mustervorlage für Heime, die nur abgeschrieben werden müsste.

Gemeinderat Reto Müller: Für die interessante Diskussion danke er bestens. Es sei tatsächlich etwas verwirrend, zu versuchen, das Gesagte auseinander zu nehmen. Wie Gemeinderätin Christine Bobst heute bereits deutlich erklärt habe, vertrete eine Ressortvorsteherin oder ein Ressortvorsteher die Meinung des Gemeinderates.

Die Antwort auf die Frage weshalb in der Schaffung eines Reglementes so "juristokratisch" argumentiert werde, liege wohl auf der Hand und bedürfe wohl keiner weiteren Ausführung.

Der SP/GL-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion danke er für die zustimmenden Voten. Er persönlich sei froh, dass die Rechtmässigkeit des im Mai behandelten Geschäfts nicht mehr umstritten werde. Wenn er sich an die in gewissen Zeitungen gezeichneten Büchsen erinnere, sei er froh, dass heute diesbezüglich eigentlich Einigkeit herrsche.



Die ab 1. Januar 2011 in Kraft getretene Neuordnung der Pflegefinanzierung als Argument zur Begründung der Motion herbeizuziehen, diene lediglich der relativen Verwirrung, da es im vorliegenden Fall um ein Vermietungsgeschäft gehe und somit weder das Pflegeheim, noch dessen Finanzierung das Thema sei.

Die Aussage, dass das Alterszentrum über kein Eigenkapital verfüge, sei unfair, da nicht nur der Verlust, sondern auch der Gewinn direkt über die Gemeinderrechnung laufe. Der Vorsteher des Finanzamtes, Herr Mark Bucher, habe ausgerechnet, dass das Alterszentrum Haslibrunnen für die Stadt Langenthal in den letzten 20 Jahren rund Fr. 1,6 Mio. in die Stadtkasse gewirtschaftet habe. Wenn das Geld nicht direkt in die Stadtkasse geflossen wäre, hätte das Heim in den letzten 20 Jahren Fr. 1,6 Mio. Plus gemacht. Das Risiko von anfallenden Kosten von Fr. 30'000.00 könnte damit schon einmal 53 1/3 Jahre lang gedeckt werden.

Der Vorrang von Langenthaler Bürgern in Bezug auf die Rechtssicherheit, sei heute bereits ein ungeschriebenes Gesetz, das von der Heimleitung berücksichtigt werde.

Die SVP verlange die Schaffung eines Reglementes für eine neue Gemeindeaufgabe, obwohl die Vermietung nicht explizit eine neue Gemeindeaufgabe darstelle. Er persönlich sei froh, das Problem nicht lösen zu müssen, wenn heute beschlossen werde, ein Reglement für eine neue Gemeindeaufgabe zu erlassen, die explizit gar keine neue Gemeindeaufgabe sei. In diesem Zusammenhang komme er auch auf die Subventionen zu sprechen. Subvention sei vielleicht ein etwas blödes Wort, aber nichts desto Trotz ein Wort, das von allen verstanden werde. Eine öffentliche Leistung müsse in einem Reglement definiert werden. Nun stelle sich die Frage, was denn eine öffentliche Leistung sei. Wenn keine öffentliche Leistung erbracht werde, dann brauche es kein Reglement. Was wiederum die Frage aufwerfe, wie denn ein Reglement begründet werden soll, wenn gar keine öffentliche, sondern eine gewerbliche Leistung erbracht werde. Darin bestehe seiner Meinung nach die Krux, weshalb er von Subventionierung gesprochen habe.

Die Vermietung der Seniorenwohnung stelle alleweil eine strategische Aufgabe der Stadt dar. In diesem Zusammenhang zu sagen, dass die ganze Berechnung nicht transparent sei, löse doch Erstaunen aus, zumal es für den Stadtrat doch nichts transparenteres gebe, als das Budget der Stadt. Im Voranschlag und der Gemeinderrechnung sei jeder Betrag und jede Ausgabe oder Einnahme des Alterszentrums Haslibrunnen - inklusive der Alterswohnungen - aufgelistet.

Schlussendlich sei es wirklich so wie Herrn Regierungsrat Hans-Jürg Käser zum 40-Jahr Jubiläum der Elzmatte am Samstag, 17. September 2011 in seiner Festrede gesagt habe, dass in der Schweiz heute fast alles verboten sei und was nicht verboten sei, doch zumindest reglementiert sei.

Dass er als ein eher liberaler Sozialer eines Tages wirklich liberaler sein könnte, als die gesamte, links sitzende (bürgerliche) Hälfte im Langenthaler Stadtparlament, habe er nicht erwartet. Da es nun aber einmal so sei, kopiere er nun auch noch gleich den liberalen Satz: "*Mehr Freiheit, weniger Staat!*"

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Die Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Nein (inklusive Stichentscheid des Stadtratspräsidenten) gegen 18 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen **wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat



7. Motion Felber Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Bushaltestelle "Schore Pintli" in Schoren; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Nach ausgiebiger Diskussion des vorangegangenen Traktandums in epischer Breite, sei das Resultat fast logisch ausgefallen. Aufgrund der Einmaligkeit, in einer Stadtrassitzung gleich zwei Beschlüsse per Stichentscheid zu fassen, komme dem Stadtratspräsident wahrscheinlich ein Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde zu.

Die ÖV-Belange der Stadt Langenthal seien bekanntermassen an die Regionale Verkehrskonferenz (RVK) delegiert worden. Der Grund dafür sei der, dass damit die ÖV-Belange im Rahmen des Angebotsbeschlusses regional definiert werden können, die vom Kanton letztendlich beschlossen werden. Die Finanzierung finde damit über den Lastenausgleich statt. Nun sei es einer Gemeinde natürlich nicht verboten, sich nebst diesem Angebot auch ein eigenes ÖV-Angebote leisten zu wollen, was sie aber selber zu zahlen habe.

Der letzte Angebotsbeschluss habe einerseits darin bestanden, das am 30. Juni 2008 erheblich erklärte *Postulat (gewandelte Motion) Lüthi Beatrice (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend "Ortsbus Langenthal im Viertelstundentakt"* umzusetzen. Allerdings habe der Viertelstundentakt nicht flächendeckend eingesetzt werden können. Die hauptfrequentierteste Linie 63 sei heute im Viertelstundentakt, womit das Angebot habe verbessert werden können. Andererseits sei im Angebotsbeschluss angestrebt worden, auch Schoren direkt an den Stadtbus anschliessen zu können, was bis anhin nicht der Fall gewesen sei. Schoren sei vorgängig über eine separate Regionallinie von Thunstetten über Schoren angebunden gewesen. Damit seien gewisse Konsequenzen verbunden. Die diesbezüglichen Schwachstellen seien bestens bekannt:

- Die Linie 64 fahre nicht mehr direkt an den Bahnhof. Als eine weitere Schwachstelle dieser Linie seien die Übergangspunkte an die Anschlusszüge Bern-Zürich zu nennen. Im Wissen, dass 60% der Pendler Richtung Bern und 40% der Pendler Richtung Zürich fahren, werden vor Allem die Anschlusspunkte Bern favorisiert.

Der Angebotsbeschluss sei von 2010 bis 2013 eingeführt worden. Anlässlich verschiedener Reklamationen seien im Rahmen von Anpassungen - die im Übrigen nur in minimalen Bereichen möglich seien - gewisse Veränderungen vorgenommen worden. Der Forderung, dass der Bus an den Bahnhof fahren soll, sei entsprochen worden, was aber zur Konsequenz habe, dass die Linienführung habe angepasst werden müssen. Die Linie habe verkürzt werden müssen, womit die Haltestelle beim "Pintli" weggefallen sei. Die nächste Haltestelle befinde sich beim Ochsen. Eine weitere Haltestelle "Dorfgrasse" sei aber eingefügt worden. Aus der Konsequenz, dass auch die Eisbahn nicht mehr erschlossen gewesen sei, sei diese durch den Regionalbus via Thunstetten neu einbezogen worden. Von dort werde der Bahnhof via das Stadtzentrum angefahren. So präsentiere sich die momentane Situation.

Der Gemeinderat stelle fest, dass die Frequenzen des Busangebots vorher schon schlecht gewesen seien, und dass diese heute nach wie vor unbefriedigend seien. Die Leute würden heute aber sagen, dass sie das frühere Angebot wieder zurückhaben möchten, obwohl es eigentlich schon damals (im Sinne der Frequenzen) schlecht gewesen sei.

Die Vorbereitungen für den nächsten Angebotsbeschluss seien bereits am Laufen. Die RVK habe entsprechende Massnahmen eingeleitet. Unter Anderem seien sämtliche Gemeinden im RVK-Gebiet 2 (Oberaargau) aufgefordert worden, Schwachstellen zu melden und Verbesserungsvorschläge zu beantragen. Der Gemeinderat habe dies getan und die Buserschliessung Schoren so gemeldet, dass diese grundsätzlich zu überprüfen sei. Der Brief sei mittlerweile an die RVK abgeschickt worden. Der Gemeinderat habe den Handlungsbedarf erkannt.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Ob allerdings eine Lösung gefunden werden könne, die allen Teilen den Vorstellungen entspreche, bleibe dahingestellt. Jetzt gehe es noch um die einzelne Haltstelle "Pintli", die nicht einfach so aus lauter Freude von der RVK gestrichen worden sei. Im Übrigen gebe es nach rechtlichen Grundsätzen so genannte Radian, die für den öffentlichen Verkehr eingehalten werden müssen und die über den Angebotsbeschluss finanziert werden. Diese Bestimmungen seien für Schoren eingehalten (Radian Ochsen-Eisbahn). Selbstverständlich wäre es idealer, wenn der Zirkel beim "Pintli" eingesteckt werden könnte.

Aus diesen Überlegungen und weil der Gemeinderat nicht davon ausgehe, dass allenfalls ein stadteigener Busbetrieb zum "Schore-Pintli" hinauffahren soll, sei die Motion als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren, weil die RVK zuständig sei. Aus den dargelegten Überlegungen und dem bereits angelaufenen Prozess, gebe es im Rahmen des momentan laufenden Angebotsbeschlusses keine Änderung. Bis im Jahr 2013 sei der Kurs definiert, ohne eingreifen zu können. Oder aber, Langenthal fälle den Entscheid, selber einen Parallelbetrieb aufzuziehen.

Aufgrund der Anliegen, die in der RVK bereits definiert und eingereicht worden seien, empfehle der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion zur Ablehnung. Der Gemeinderat könnte sich jedoch im Fall der Wandelung der Motion in ein Postulat - weil die geforderte Prüfung ja eigentlich bereits erfolgt sei - einer Zustimmung anschliessen. Zum besseren Verständnis dieser allenfalls etwas komisch tönenden Empfehlung, weise er darauf hin, dass eine Richtlinienmotion, obwohl sie eigentlich einen Bericht auslöse, nicht den genau gleichen Stellenwert habe wie das Postulat.

Lukas Felber: Wie vom Stadtpräsident gehört, sei die Aufhebung der Bushaltestelle "Schore-Pintli" ein klarer Fehler und habe dementsprechend grosse Unzufriedenheit im Quartier ausgelöst, zumal genau dieser Bereich Schorens der Kern des Quartiers sei. Dort seien viele neue Wohnungen entstanden. Auch der Schoren-Weiher sowie das Kinderheim befinden sich in diesem Gebiet. Für die Strecke vom Kinderheim bis zum Ochsen brauche ein Fussgänger 6 ½ Minuten, bis zur Eishalle hinauf 4 ½ Minuten, wobei der Bus ab dort nur alle Stunde fahre, was speziell für ältere Leute aus seiner Sicht sowie aus Sicht von Stadtrat Pascal Dietrich, klar zu lange sei. Diesen Leuten sei es auch egal, ob der Radius 300 Meter, 290 Meter oder 310 Meter betrage.

Ihnen als Motionäre sei klar, dass die Stadt nicht allein über den Busfahrplan bestimme und, dass im Rahmen des momentanen Angebotsbeschluss beschränkt Einfluss genommen werden könne. Trotz allem würden sie aber erwarten, dass die Stadt ihren Einfluss in Zukunft geltend mache. Ein Argument wäre beispielweise die Buslinie, die via Thunstetten führe und die ebenfalls leer sei, wieder mit der Linie zusammenlegen, die via Schoren fahre. Damit liesse sich eine regionale Linie durch das Quartier ziehen, womit zwei leere Busse immerhin zu einem leeren Bus fusioniert werden könnten.

Nur mit der Nachfrage zu argumentieren, sei natürlich klar falsch. Bei Betrachtung der Kapazität, die in Langenthal pro Linie zur Verfügung gestellt werde, zeige ein Vergleich der Fahrgastzahlen aus dem Jahre 2010, dass keine der Linien eine Auslastung von über 45% (tagsüber) erreiche. Aktuellere Zahlen, als die aus dem Jahre 2010, seien ihm von der Verwaltung aus unerklärlichen Gründen leider nicht zur Verfügung gestellt worden. Der Busbetrieb sei ein Service Public und stelle kein grosses Geschäft dar. Aus diesem Grund werde dieser Service Public von ihm, als auch vom Mitmotionär Stadtrat Pascal Dietrich sowie den Leuten im Schoren, erwartet. Ausserdem sei für eine anständige Nachfrage auch das Angebot wichtig. Gemäss Verkehrsrichtplan könnte der hauptsächlich hausgemachte Quell- und Suchverkehr in Langenthal mit einem guten Angebot eventuell eingedämmt werden.

Dass keine weiteren Varianten technisch möglich sein sollen, werde nicht vorbehaltlos zur Kenntnis genommen, da die mit der Prüfung beauftragte Bahn + Bus Beratungs AG 3B, Bern, zu 30% der Aare Seeland Mobil (asm) gehöre und der Direktor der asm Mitglied des Verwaltungsrates des Büros 3B sei. In der Hoffnung mit dem Angebot in erster Linie der Bevölkerung Langenthals zu dienen und nicht der asm, halte er klar fest, dass es ihnen als Motionär nicht darum gehe, mehr Busse zu erhalten, sondern darum, eine bessere Lösung für die Bevölkerung zu erreichen.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Im Brief des Gemeinderates an die Bahn + Bus Beratungs AG 3B, Bern, werde zum Ausdruck gebracht, dass der Gemeinderat der RVK empfehle, den Entscheid zu prüfen und allenfalls in Wiederwägung zu ziehen. Nebst der zu verschärfenden Rhetorik, um die Verhandlungsposition zu verbessern, sehen sie als Motionäre weiteren klaren Handlungsbedarf und bitten deshalb, der Erheblicherklärung der Motion zuzustimmen.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion könne nachvollziehen, dass die Aufhebung der Bushaltestelle "Schore-Pintli" für die Anwohnenden einen Verlust darstelle und eine Missstimmung verursache. Grundsätzlich habe die Einführung des ¼-Stunden-Taktes aber bereits eine Verbesserung bewirkt. Die EVP/glp-Fraktion sei mehrheitlich der Ansicht, dass die damaligen Änderungen an der Buslinienführung wohl begründbar seien. Ein kleiner Marsch zu einer Bushaltestelle sollte verkraftbar sein. Zudem gebe es andere Quartiere in Langenthal, die überhaupt nicht direkt mit einem Busliniennetz bedient werden. Auch dort müssten Anwohnende, die das Buslinienangebot nutzen, eine Marschdistanz in Kauf nehmen. Eine erneute spontane Fahrplanänderung sei zeitlich und logistisch nicht ganz so einfach und wäre kurzfristig auch nicht zu bewältigen. Schliesslich weise die EVP/glp-Fraktion darauf hin, dass der Gemeinderat die Problematik um den Anschluss Schoren bereits bei der RVK eingebracht habe, womit das Anliegen - wenn auch nur empfehlend - deponiert sei. Die EVP/glp-Fraktion erwarte darauf aber eine baldige Resonanz.

In diesem Sinne unterstütze die EVP/glp-Fraktion die Motion mehrheitlich nicht.

Barbara Graf Baumgartner, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion sei sich nicht einig und habe Stimmfreigabe beschlossen.

Von der Ochsen-Haltstelle bis zur Schoren-Weiher-Abzweigung betrage die Distanz 200 Meter. Die SP/GL-Fraktion erachte diese Fussstrecke als zumutbar. Dass die Strecke zwischen der Eishalle und dem Ochsen nicht mehr in Betrieb sei, habe zur Folge, dass die Haltestelle beim "Pintli" weg falle. Dieser Leistungsabbau sei speziell für ältere Menschen und für Familien mit Kleinkindern, die in der Nähe der Eishalle wohnen, einschneidend.

Sie persönlich hege mehr Sympathie für die Motion mit Richtliniencharakter, da damit die Abklärungen, ob eine Änderung möglich sei, in neun Monaten zu erfolgen hätte und somit nicht auf die lange Bank geschoben würde. Wogegen die SP/GL-Fraktion die Wandlung des Vorstosses in ein Postulat einstimmig unterstützen würde.

Albert Schaller, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schliesse sich der Meinung des Gemeinderates an. Der Wegfall der Haltestelle "Pintli" sei nicht zuletzt wegen der Frequenzerhebung zu Gunsten anderer Optionen erfolgt. Gestützt auf das Ergebnis der Frequenzen-Erhebung lasse sich eine Aussage zum Bedürfnis machen. Der Stadtteil Schoren sei bezüglich der Halte-Stellen-Dichte sicher nicht schlecht gestellt und entspreche den gesetzlichen Vorgaben.

Der Stadtpräsident habe darauf hingewiesen, dass generelle Überprüfungen durch die RVK erfolgen. Die Stadt werde sich dort sicher richtig einbringen können, da die Thematik bekannt sei und entsprechend aufgenommen werde.

Die SVP-Fraktion stehe einstimmig hinter dem Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Pascal Dietrich, FDP/jll-Fraktion: Obwohl Vieles bereits gesagt worden sei, wiederhole und betone er wichtige Punkte:

Es sei unbestritten, dass die Änderung durch die Einführung des ¼-Stunden Takts auf der Linie 63 provoziert worden sei. Der Bus fahre in die Industrie Hard, zum Spital und in das Waldhofquartier, was von der FDP/jll-Fraktion als eine positive Umsetzung der Motion Lüthi Beatrice betrachtet werde. Diese Verbesserung könne tatsächlich als Quantensprung im Busangebot Langenthals bezeichnet werden.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Nun sei es aber sehr unschön und unerfreulich, dass diese Verbesserung ausschliesslich auf Kosten anderer Quartiere passiert sei. Das Angebot sei also nicht ausgebaut worden, da an mehreren anderen Orten Haltestellen aufgehoben und Linien gestrichen oder umgemodelt worden seien. Unter Anderem sei dies an der Weissensteinstrasse passiert. Auch dieses Thema habe die Leute beschäftigt und hätte in die vorliegende Motion einbezogen werden können, die sich jedoch auf Schoren konzentriere. Allenfalls könnte sich daraus ein zukünftiges Thema ergeben.

Die Planung, die bei der Neukonzeption der Buslinien gemacht worden sei, sei gelinde ausgedrückt suboptimal gelaufen. In diesem Zusammenhang stelle sich - wie Stadtrat Lukas Felber bereits angetönt habe - wirklich die Frage, ob die Planung durch ein Büro gemacht werden soll, an welchem das mit der Ausführung beauftragte Verkehrsunternehmen selber beteiligt ist. Er persönlich finde diese Konstellation sehr eigenartig.

Auf jeden Fall sei die FDP/jll-Fraktion mehrheitlich der Meinung, dass diese Ausgangslage eine nochmalige Überprüfung erfordere. Obwohl der Gemeinderat bereits einen Brief an die RVK geschrieben habe, spreche kein Argument dagegen, dass der Stadtrat der Überweisung der Motion heute Abend zustimme und damit dem Gemeinderat den Rücken stärke und somit dessen Verhandlungsposition verbessere.

Um allfällige Missverständnisse betreffend die von Stadtrat Lukas Felber erwähnten leeren Busse auszuräumen, weise er darauf hin, dass die Idee, die hinter dieser Aussage stecke, natürlich völlig richtig sei. Früher habe es einen Bus gegeben, der vom Bahnhof Langenthal via Schoren nach Thunstetten gefahren sei. Dieser Bus sei nicht so schlecht frequentiert gewesen. In diesem Zusammenhang möchte er sehr gerne ganz genau wissen, wie diese Erhebungen überhaupt durchgeführt werden. Neu gebe es zwei Linien. Der eine Bus fahre über den Südbahnhof nach Thunstetten und sei gemäss den erhobenen Zahlen nicht gut frequentiert. Der andere Bus fahre eine Schlaufe zum Ochsen (aber eben nur bis zum Ochsen) und fahre dann via die Dorfgasse und der neuen Haltestelle beim Zelgli - wo niemand ein- oder aussteige - an den Bahnhof. Wenn diese beiden Linien wieder zusammengefasst und damit deren Frequenzen gebündelt würden, dann wären nicht mehr zwei leere Busse, sondern zumindest ein halbvoller Bus unterwegs. Dieser Bus könnte wieder vom Bahnhof via die Haltestellen Ochsen, Pintli und Eisbahn nach Thunstetten fahren, womit in etwa drei Fliegen auf einen Streich geschlagen werden könnten. Die einzige Konsequenz dieser Variante wäre, dass die Linie Thörigen-Herzogenbuchsee, die an den Thunstettenbus angehängt sei, wie früher wieder separat betrieben werden müsste. Auch würde dieser Bus nicht mehr via den Südbahnhof fahren, was allerdings kein Problem wäre, da der Südbahnhof mit der RM alle halbe Stunde bestens erreichbar sei.

Was die Distanzen betreffe, so bitte er zu bedenken, dass nicht alle so gut zu Fuss unterwegs seien, wie die heute im Saal Anwesenden. Es gebe Senioren, die vielleicht sogar mit einem Rollator unterwegs seien. Es gebe vor Allem Familien, die den Schoren-Weiher mit Kinderwägen aufsuchen. Die vorgeschriebenen Radien seien wahrscheinlich nicht unbedingt auf diese Leute abgestimmt.

Für das Busangebot und somit für den öffentlichen Verkehr der Stadt Langenthal wäre es wichtig, die Motion zu überweisen, was auch der Mehrheit der Meinung der FDP/jll-Fraktion entspreche. Eine Minderheit der FDP/jll-Fraktion vertrete tatsächlich den Standpunkt, dass die anderen beiden Haltestellen in zumutbarer Nähe zueinander stehen, so dass keine weitere Änderung vorgenommen werden soll.

Beat Sterchi: Als "Schorener" erscheine ihm die Diskussion durchaus wichtig, wenn auch etwas lustig, da er persönlich zwar wisse, dass es in Schoren ein "Pintli" gebe, aber dass es dort eine Bushaltstelle gegeben habe, habe er eigentlich erst mit der Einreichung des vorliegenden Vorstosses gemerkt. Mit dieser Feststellung lasse sich hintergründig auch die bestehende Frequenzproblematik erklären. Er persönlich habe das Gefühl, dass es keine grosse Rolle spiele, wo sich die Haltestelle befinde. Wenn aber etwas erreicht werden soll, dann müsste das Busangebot, das seiner Ansicht nach, nach wie vor in der Bevölkerung nicht angekommen sei, stärker propagiert werden, um eine stärkere Nutzung zu erreichen. Er sei versucht eine Wette darauf abzuschliessen, dass er sicher nicht der einzige in Schoren sei, der nicht wisse, dass es dort eine Haltestelle gegeben habe.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Pascal Dietrich: In bisher gehörten Stellungnahmen sei ihm die Aussage aufgefallen, dass andere Quartiere gar nicht erschlossen seien. Ihn würde interessieren, um welche Quartiere es sich dabei handle und falls dem so wäre, müsste diesbezüglich natürlich auch eine Änderung angestrebt werden. Mit dem Busangebot der Stadt müssen selbstverständlich alle Quartiere und Stadtteile bedient und abgedeckt werden. Er habe vernommen, dass der Greppen und der Allmen nicht erschlossen sein sollen, was natürlich so nicht stimme, da der Greppen eine Haltestelle beim Rössli und der Allmen eine Haltestelle beim Neuhof habe. Damit seien also diese Quartiere an das regionale Busnetz angebunden.

Die Aussage von Stadtrat Beat Sterchi lasse in ihm die Frage aufkommen, ob dieser wirklich noch in Schoren (in der Nähe oder fast beim Güterbahnhof) wohne. Auf jeden Fall würden die Leute, die im Kern von Schoren und damit um den Schoren Weiher und um das "Pintli" herum leben, selbstverständlich wissen, wo sich die Haltestelle befunden habe und haben diese auch häufig frequentiert.

Stadtrat Albert Schaller habe die Frequenzerhebung angesprochen. In diesem Zusammenhang würde es ihn sehr interessieren, wie die asm zu diesen Zahlen gekommen sei, zumal Erhebungen dieser Art oft "pour la besoin de la cause" seien.

Pascal Dietrich (Motionär): Ohne die Nerven der Anwesenden mit einem weiteren Votum seinerseits strapazieren zu wollen, gebe er namens der Motionäre bekannt, **die Motion in ein Postulat zu wandeln**. Als Motionäre hätten sie es zwar sehr gerne gesehen, wenn der Vorstoss als Motion überwiesen würde, weil damit der Handlungsdruck grösser wäre. Aufgrund der Reaktionen aus den Fraktionen seien sie als Motionäre jedoch der Ansicht, dass diese Entscheidung knapp ausfallen würde, weshalb die Wandlung der Motion im Sinne des Gemeinderats in ein Postulat sinnvoll sei, womit der Gemeinderat die Umsetzung nach seinem Gusto an die Hand nehmen könnte.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zum Einen werde die Einsicht, die Motion in ein Postulat zu wandeln, begrüsst. Zum Anderen sehe er sich als Stadtpräsident aber auch als ein Verwaltungsratsmitglied der asm veranlasst zu gewissen gehörten Argumenten Bemerkungen anzubringen:

Insbesondere erfreulich finde er Buslinien, die offensichtlich von der asm besonders gewünscht werden, obwohl niemand darin fahre, weil dies ja so besonders umsatzfördernd für asm sei. Mit dieser sarkastischen Anmerkung bringe er zum Ausdruck, irgendwie das Gefühl zu haben, dass die Motionäre das Meccano in vielerlei Hinsicht nicht verstehen. Zum besseren Verständnis weise er darauf hin, dass es eine Planung gebe, die über die RVK an die Region gehe, an deren Delegiertenversammlung die Planung zu Händen des Kantons verabschiedet werde. Beim Kanton werde die Planung gefiltert und an den Grossen Rat zur Beschlussfassung weitergeleitet. Entgegen der Forderung, den 1/4-Takt einzuführen, habe der Grosse Rat beispielsweise beschlossen, Langenthal ein zusätzliches Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich könnte dieses Fahrzeug nun für Fahrten via Schoren eingesetzt werden und dafür andere Linien, mit viel mehr Frequenz, nach wie vor nur im 30-Minuten-Takt zu befahren.

So einfach wie sich die Motionäre die Fahrplangestaltung vorstellen und diese schildern, sei es aber eben nicht. Unangebracht sei auch die beiläufige Bemerkung, dass mangels Willen extra ein Büro beauftragt worden sei, welches eine Linie mit schlechter Frequenz vorschlage. Die propagierte Forderung der Motionäre zwei Busse zusammenzulegen, entspreche der Situation vor der Änderung. Gestützt auf die damalige Ausgangslage sei die 64-er Linie eingeführt worden, die zuerst von der Eisbahn, zum "Pintli", zum Ochsen und zur Wiesenstrasse geführt habe. Daraufhin habe man ihm gesagt, dass dies nicht zumutbar sei und dass man dort umsteigen könnte und so im 1/4 -Stunden-Takt relativ schlank zum Bahnhof fahren könnte. Auch dass es Leuten, die gut zu Fuss seien, möglich wäre, in rund fünf Minuten von der Wiesenstrasse an den Bahnhof zu gelangen, sei als unzumutbar erachtet worden.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Die von Stadtrat Lukas Felber erhobenen 6 ½ und 4 ½ Minuten (für die Strecke vom Kinderheim bis zum Ochsen oder zur Eishalle) werden wahrscheinlich stimmen. Es gebe aber - speziell im Allmengebiet - deutlich längere Wege, um zu einer Haltestelle zu gelangen. Er rate davon ab so quasi als Hobby-Bus-Planer ins System einzugreifen zu wollen und Veränderungen zu fordern, weil am Schluss ein Ergebnis vorliegen müsse, das von einer Mehrheit getragen werden könne. Er wolle vom Stadtrat attestiert bekommen, dass die RVK das Gesuch erhalten habe. Er hüte sich aber davor, etwas für die Stadt Langenthal zu propagieren, was von vornherein keine Aussicht auf Erfolg habe. Es gelte nun einmal festzustellen, dass die Benützungsfreudigkeit der Schoren-Bewohner - vielleicht aus historischen Gründen - nach wie vor nicht gross auf den Bus ausgerichtet sei.

Bevor die asm eine Linie fahren könne, müsse sie sich in einem kantonalen Ausschreibungsverfahren bewähren, um den Zuschlag zu erhalten. Es sei somit nicht möglich eine eigene Buslinie zu planen und dabei schon im Vorhinein zu wissen, diese dann auch fahren zu können.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Felber Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Bushaltestelle "Schore Pintli" in Schoren wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 27. Juni 2011 betreffend die Bildungspolitik in Langenthal: Besser verwalten und selber gestalten; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Daniel Steiner: In den Antworten sei ein Passus enthalten, der nach der heutigen Medienmitteilung brisanter geworden sei. Zitat: *"Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass die Behörden - im Anschluss an die Aufbau- und Einarbeitungsphase des neuen Amtes - Dank der strukturellen und personellen Verstärkung politische Vorlagen zeitgerechter als bisher behandeln können."* Mit der heutigen Medienmitteilung über die einvernehmliche Trennung von der Amtsvorsteher Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) sei diese Ansicht wieder zurückgeworfen worden und komme im "Leiterlispiel" der Aufforderung "zurück zu Start" gleich.

Trotzdem danke er für die seriöse und ausführliche Beantwortung seiner Interpellation. Er habe es noch nicht oft bewusst erlebt, dass eine Beantwortung in dieser Ausführlichkeit erfolgt sei. Einerseits werde mit der Interpellation ein Stück Vergangenheitsbewältigung betrieben, andererseits würden die Antworten sehr schön Aufschluss darüber geben, wie sich die Bildung in Langenthal in Zukunft entwickeln könnte.

Obwohl er nicht alle Meinungen in der Interpellationsantwort teile, sei er zufrieden, dass endlich einmal klare Aussagen gemacht worden seien, was er schon mehrmals verlangt habe und auch erwartet hätte.

Bemerkungen:

- Schulsozialarbeit werde begrüsst. Mit der anstehenden Revision des Volksschulgesetzes sei ja zu erwarten, dass sich der Kanton an den Kosten der Schulsozialarbeit beteilige. Er hoffe sehr, dass sich die Stadt Langenthal zu einer Schulsozialarbeit im Sinne des am 2. April 2007 erheblich erklärten *Postulats Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal* durchringe.
- Der freiwilligen Basisstufe stehe man kritisch gegenüber, was nicht seiner persönlichen Meinung entspreche. Er könne jedoch die Argumente nachvollziehen, bedaure es aber trotzdem, dass die Basisstufe als innovatives Projekt für die Eingangsstufe eher abgelehnt werde.
- Die neue Finanzierung der Volksschule komme für Langenthal mit 100%-iger Sicherheit und könnte für die Stadt einschneidende Auswirkungen haben. Falls nämlich die auswärtigen Schüler in Zukunft wegfallen, weil die Gemeinden aufgefordert werden ihre Schüler auf Sekundarstufe I eher selber zu beschulen, ergäbe sich für die Schülersituation in Langenthal eine neue Ausgangslage.
- Persönlich gefreut habe er sich über die positive Haltung zum Projekt Time-out-Klassen. Dieses regionale Anliegen habe er im Grossen Rat selber probiert umzusetzen und einzubringen. Er hoffe sehr, dass der Gemeinderat schon sehr bald einen positiven Entscheid fällen werde.
- Schliesslich sei die Idee eingebracht worden, eine Zukunftswerkstatt Bildung zu initiieren, was er eine sehr gute Idee finde. Ein solches Gefäss könnte die Abstützung von Bildungsvorhaben verbessern und auch die Diskussion auslösen - früher als dies bisher der Fall gewesen sei - allenfalls neue Zukunftsideen für die Bildungsstadt Langenthal zu entwickeln.

Mit dem von ihm sehr bedauerten Abgang der Amtsvorsteherin Frau Dr. Brigitte Müller werde der Bildungsbereich seiner Meinung nach wieder stark zurückgeworfen. Wichtige anstehende Geschäfte werden wohl wieder verzögert werden. Er wünsche sich deshalb, dass die Vakanz so schnell wie möglich besetzt werde, damit er sich nicht wieder veranlasst sehe, diesbezüglich lautstark zu reklamieren.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 24. August 2011 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend "Explosion der Sozialhilfekosten für Ausländer?"; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Patrick Freudiger: Für die Beantwortung und die teilweise doch detaillierte Berichterstattung danke er der Verwaltung. Beispielweise sei ersichtlich, dass der überwiegende Anteil der ausländischen Sozialbezüger einen C-Ausweis haben und somit schon lange hier leben. Einmal mehr sei auch das hausgemachte Problem ersichtlich, das einer Lösung harre.

Die Sozialhilfe sei unbestrittenermassen ein generelles Problem, das nicht nur in Langenthal bestehe. Aber momentan sei es auch in Langenthal sehr gut erkennbar. Namentlich am Sagibach zeige sich, wie die Gelder der öffentlichen Fürsorge durch die willigen Bezüger verwendet werden. Damit seien Gelder der öffentlichen Fürsorge, in einem weiteren Sinn der Sozialhilfe, aber auch Leistungen der Invalidenversicherung gemeint. Ihm sei hier schon zuzugestehen, dass ein Teil der Leute, die im Sagibach ihr Unwesen zum Ärger der Anwohner treiben, nicht aus Langenthal kommen, womit das Problem - wie bereits erwähnt - eben grösser sei. Nicht zuletzt sei es eine Verantwortung der Vertreter der Gemeindepolitik, auch in Langenthal hinzuschauen, zumal die in Langenthal bestehenden Probleme akut seien.

Die Kosten für die Sozialhilfe seien im Jahr 2003 bei Fr. 8,7 Mio. gewesen. Im Jahr 2010 haben sie Fr. 16,6 Mio. betragen, womit innerhalb 7 Jahren fast eine Verdoppelung stattgefunden habe, was nicht nur Finanzpolitikern zu denken geben müsse. Der Ausländeranteil in der Sozialhilfe betrage 47%. Die Bruttokosten pro Person (nicht nur für Ausländer, sondern generell in Langenthal) seien in Langenthal im Durchschnitt höher als im Kanton Bern und auch höher als im Amtsbezirk Aarwangen. Die Sozialhilfequote in Langenthal (Zahlen aus dem Jahre 2009) sei mit 6,4% höher als in allen bernischen Amtsbezirken, ausser im Amtsbezirk Biel. Auch das müsse zu denken geben. Im Durchschnitt habe somit - mit Ausnahme von Biel - jeder Amtsbezirk tiefere Sozialhilfequoten als die Stadt Langenthal.

Selbstverständlich könne Langenthal die Sozialhilfepolitik nicht im Alleingang regeln, da es übergeordnete Gesetze auf Bundesebene und das Sozialhilfegesetz der kantonalen Ebene gebe. Nichts desto Trotz halte er an dieser Stelle fest, dass ihm die Antworten des Gemeinderates doch all zu passiv erscheinen, weshalb er mit der Beantwortung seiner Interpellation doch nicht vollständig zufrieden sei. Zur Erklärung der Sozialhilfekosten werde vorweg auf allgemeine Trends verwiesen, wie dass es Ausländer bei der Arbeitssuche schwerer haben. Diese Aussage werde ohne weitere Reflektion einfach in den Raum gestellt. Weiter werde darauf verwiesen, dass Langenthal mehr Personen im zweiten Sektor (Industriesektor) beschäftige. Die Trends erscheinen fast nebulös und ohne konkreten Basisbezug. Fakt sei, dass die Kosten der Sozialhilfe in Langenthal in den Jahren 2003 bis 2010 stetig gestiegen seien, ob es der Wirtschaft nun gut gegangen sei, oder ob eine Wirtschaftskrise geherrscht habe. Das Argument, dass eine Stadt wie Langenthal, die überdurchschnittlich viele Leute im zweiten Sektor beschäftige, ein sozialhilfetechnisches Problem habe, möge in einer Wirtschaftskrise vielleicht eine gewisse Erklärung sein. Es erkläre aber nicht, warum auch in wirtschaftlich guten Zeiten die Sozialhilfekosten gestiegen seien. Wenn Sozialhilfekosten in guten Zeiten wieder so viel sinken würden, wie sie in schlechten Zeiten angestiegen seien, würde diesbezüglich kein Problem bestehen. Einfach nur darauf hinzuweisen, dass die Kosten dem Lastenausgleich weiterbelastet werden können, sei staatsbürgerlich gesehen keine saubere, sondern eine fahrlässige Haltung.

Von der SVP seien mehrmals konkrete Massnahmen - auch im Stadtrat Langenthal - eingebracht worden, wie man dem Problem - zumindest teilweise - Herr werden könnte. Die SVP habe eine Vollmacht für Sozialhilfeempfänger gefordert, so dass aus Datenschutzgründen nicht mehr weggeschaut werden müsste, wenn missbräuchlich Leistungen bezogen werden (Verbesserung der Kooperation zwischen den Behörden). Die SVP habe auch Sozialhilfeinspektoren und Beschäftigungsprogramme (Arbeit statt Sozialhilfe) gefordert. Ein Teil der Forderungen sei verwirklicht worden. Aber eben nur ein Teil.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

Seiner Ansicht nach sei es nun an der Zeit, dass der Gemeinderat wirklich einmal konkrete Massnahmen aufzeige, wie die Kosten der Sozialhilfe dauerhaft gesenkt werden können. Seiner Meinung nach müsste die Senkung der Sozialhilfekosten sogar zu einem Schwerpunktthema der gemeinderätlichen Tätigkeit werden. Heute sei das Thema in den Regierungsrichtlinien nicht einmal als Ziel erwähnt. Einzig die Aussage, missbräuchliche Leistungen bekämpfen zu wollen, sei in den Regierungsrichtlinien enthalten, was aber weniger ein Ziel sondern vielmehr eine gesetzliche Verpflichtung sei.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 17. August 2011 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend Landreserven für Industrie und Gewerbe; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit der Interpellation werde ein sehr wichtiges Thema angesprochen, das in einer gewissen Bandbreite eine grosse Komplexität aufweise.

- *Wie gedenkt der Gemeinderat den Bedarf an neu verfügbarem Industrie- und Gewerbeland innerhalb des Stadtgebietes zu decken?*

Der Gemeinderat habe beispielsweise die lange Zeit unbenutzte Überbauungsordnung Nr. 8 "Wolfhusenfeld" reaktiviert. Der Gemeinderat habe im Weiteren eine Zone, die wegen des Baus der Bahn 2000 aus der Gewässerschutzzone entlassen worden sei, über die Überbauungsordnung Nr. 1 "Hard" ebenfalls einer speziellen Nutzung zugeführt. Auch sei der Gemeinderat mit dem Projekt "Arbeitsregion Langenthal" im Rahmen der Agglokonferenz bereits am Werk.

Wer Langenthal passiere, werde zur Erkenntnis kommen, dass es nicht gleich sei, wie wenn Niederbipp durchfahren werde. Niederbipp habe entlang der Gemeindegrenzen mehr oder weniger beliebig Potential für weitere Einzonungen.

- Das Hauptgebiet bis zur Zürich-Bern-Strasse sei eingezont. Was sich über der Zürich-Bern-Strasse befinde, liege im Gewässerschutzgebiet.
- Was zwischen der Murgenthalstrasse und der St. Urbanstrasse liege, befinde sich im BLN-Gebiet (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung).
- Bei der Zürich-Bern-Strasse Richtung Bützberg bestehe gewisses Potential, das allerdings - insbesondere nach dem Dreilinden-Kreisel - leider sehr schwierig zu erschliessen sei. Der Gemeinderat habe dieses Gebiet aber im Fokus. Beim Wolfhusenfeld verlaufe bereits die Grenze nach Bützberg.
- Das Gebiet südlich von Langenthal bedürfe keiner speziellen Erwähnung, zumal die Idee, das Allmendgebiet mit Industrie- und Gewerbeland zu erweitern, wohl kaum auf fruchtbaren Boden fallen würde. In Richtung Melchnau verhalte es sich gleich.

Der Gemeinderat könne somit wahrscheinlich innerhalb des Stadtgebietes und im Eigentum der Stadt praktisch keine zusätzlichen Gewerbe- und Industrieland-Zonen mehr schaffen. Was er aber tun könne, sei zu versuchen, bestehende eingezonte Gebiete, die unterdurchschnittlich genutzt werden oder brach liegen, zu reaktivieren. Entsprechende Projekte seien aufgegleist (Porzellan-Areal, Markthallenareal).

- *Welche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden werden zur Zeit geprüft?*

Es werden keine Möglichkeiten geprüft. Im Rahmen von Vorbereitungen der Agglomerationskonferenz sei jedoch ein Projekt aufgegleist, das von Seiten des Bundes sogar als Pilotprojekt unterstützt werde. Das Projekt sei mit dem Aggloprogramm Langenthal koordiniert worden. In Aussicht darauf, dass das Aggloprogramm Langenthal auch die politisch wichtigen Hürden nehmen werde, könne mit diesem Projekt weitergefahren werden. Die Agglokonferenz habe diese Thematik betreffend bereits eine erste Sitzung durchgeführt und werde das Thema weiterführen. Die Agglokonferenz bestehe im Übrigen inklusive Langenthal aus 12 betroffenen Gemeinden.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

■ *Wo sieht der Gemeinderat im Raum Langenthal welches Entwicklungspotential?*

Wie bereits erwähnt, müsse aus rein verkehrlichen Gründen und aufgrund bereits bestehenden Industrie- und Gewerbestandorte in den Bereich westlich, nördlich und nordöstlich von Langenthal danach gesucht werden. Dafür kämen in erster Linie die angrenzenden Gemeinden Bützberg, allenfalls Aarwangen und Roggwil in Frage.

■ *Wie sieht der Zeithorizont für das Angebot von neuem Industrie- und Gewerbeland aus?*

Das Projekt werde nun - natürlich mit dem Einverständnis der umliegenden Gemeinden - proaktiv weitergeführt. Die Unterstützung des Kantons sowie des Bundes sei nach wie vor gewährleistet.

In erster Priorität werde eigentlich und insbesondere eine regionale Bewirtschaftung gesehen, was heisse, bereits bestehende und nicht unbedingt neue Gewerbe- und Industrieflächen einzuzonen. Erst in zweiter Priorität werde allenfalls Neues eingezont. Der Bereich zwischen dem Tannwäldli und dem Wolfhusenfeld wäre beispielsweise ein dafür in Frage kommendes Gebiet. Damit Bützberg dieses Gebiet aber einzonen könnte, bräuchte es einen übergeordneten Schulterschluss, weil Bützberg bereits eine andere Gewerbe- und Industriefläche eingezont habe und weil allgemein bekannt sein sollte, dass eine Einzonung nicht einfach nach Lust und Laune heraus vorgenommen werden könne

Der Gemeinderat habe das Problem erkannt und sei auf zwei Achsen aktiv. Einerseits werde bestehendes Gebiet reaktiviert und verdichtet und andererseits werde im Zusammenhang mit dem Projekt Arbeitsregion der Kontakt zu den umliegenden Gemeinden gepflegt.

Urs Zurlinden: Zwei vom Stadtpräsidenten erwähnte Punkte würden ihn sehr beruhigen. Zum Einen, dass es ein sehr wichtiges und komplexes Thema sei. Er sei absolut felsenfest davon überzeugt, dass dies ein Schwerpunktthema der Stadtentwicklung sein müsse. Zum Anderen, dass der Gemeinderat das Problem wirklich erkenne und bereits an der Lösung arbeite.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates vom 19. September 2011 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Interpellation Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend Aufnahme des Betriebs eines Zentrums für ambulante Suchtbehandlung in Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Keine Beratung

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 17. August 2011 zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

12. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13. Parlamentarische Fragestunde

■ **Fragen** von **Stadtrat Urs Zurlinden (FDP)** betreffend **die Verlagerung der Alkohol- und Drogenszene:**

Die Alkohol- und Drogenszene sorgt nach wie vor für Unmut in der Bevölkerung. Sie hat sich vom Wuhrplatz auf das Sagibach-Pärkli verlagert - zum Verdruss der dortigen Anstösser.

- a) *Wie beurteilt der Gemeinderat die bisherige Wirkung der dreistufigen Strategie SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention)?*
- b) *Welche Massnahmen (Fernhalteverfügungen, Koordination mit Herkunftsgemeinden) sieht der Gemeinderat vor, um die vereinzelt, aggressiv auftretenden Störenfriede aus der Szene zu trennen?*
- c) *Welche rechtlichen Grundlagen wären nötig, um wie in anderen Städten eine angepasste Wegweisung der Alkohol- und Drogenszene zu ermöglichen?*
- d) *Welche alternativen Orte sind für einen "kontrollierten" Treffpunkt der Alkohol- und Drogenszene denkbar?*
- e) *Kann sich der Gemeinderat vorstellen, die "Suppenanstalt" für diese Szene zu aktivieren?*
- f) *Wie ist das weitere Vorgehen zur Lösung des Problems?*

■ **Antworten** von **Gemeinderat Rolf Baer**, auf die *Fragen a) bis f)* von Stadtrat Urs Zurlinden (FDP):

Ob auf dem Wuhrplatz, auf dem Geissberg oder im Sagibachpärklein sei die Situation unerfreulich und die Szenerie unschön. Der Gemeinderat verstehe den Wunsch sehr gut, in Langenthal so etwas eigentlich gar nicht zu wollen. Namens des Gemeinderates könne er versichern, dass die eingesetzten behördlichen Sicherheitsorgane das Mögliche im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenzen tun und die Lage täglich beurteilen.

- a) SIP werde per 1. Oktober 2011 eingesetzt. Nach dem Beschluss des Gemeinderates im Juli habe zuerst das nötige Personal gefunden und angestellt werden müssen. Selbstverständlich hätte sich auch der Gemeinderat einen früheren Einsatz gewünscht.

Wie an der letzten Stadtratssitzung erwähnt, werde gegenwärtig als Sofortmassnahme neben der Kantonspolizei und der Securitas auch die Gassenarbeit (zwei Mitarbeitende von Tokjo) eingesetzt, welche sich regelmässig in die Szene begeben und in Kontakt zur Szene und zu den Anwohnern stehen. Dieser Einsatz erlaube es, Störenfriede ziemlich rasch zu erkennen und zu melden. Ausserdem sei dank dieses Einsatzes ein erstes und äusserst wichtiges Ziel erreicht worden: Keine Kinder in der Szene! Eine Beurteilung der Wirkung von SIP werde ab Anfang Oktober möglich sein.

- b) Das Ausstellen von Fernhalteverfügungen liege ausschliesslich in der Kompetenz der Gerichtspolizei (Kantonspolizei). Die Gemeinden haben die Verantwortung aber keine Kompetenzen und keine Mittel mehr. Im Rahmen der eingekauften Ressourcen habe der Gemeinderat aber verlangt, dass die Patrouillen der Kantonspolizei sich schwerpunktmässig mit der Szene auseinandersetzen. Erste Fernhalteverfügungen seien seines Wissens bereits erfolgt.

Fernhalteverfügungen werden insbesondere dann angeordnet, wenn Personen oder Personengruppen sich so verhalten, dass die öffentliche Sicherheit gefährdet oder im Mindesten gestört sei. Die Kantonspolizei sei gefordert, die Toleranzschwelle sehr tief zu halten. Solche Verfügungen seien in der Regel auf 3 Monate befristet.

Als weitere Massnahme werde bei groben Störungen der fürsorgliche Freiheitsentzug (FFE) initiiert. Zuständig für die Anordnung von FFE's sei der Regierungsstatthalter. Im Übrigen sei die Kantonspolizei ebenfalls aufgefordert, missliebige Personen an ihre Wohnorte zurückzuführen.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

- c) Verschärfte Regelungen seien nur umsetzbar bzw. möglich, wenn die kantonalen Vorgaben im Rahmen der Gesetze geändert werden. Langenthal habe sich ausschliesslich an die kantonalen Spielregeln zu halten. In Burgdorf werden im Rahmen der Revision des Ortspolizeireglementes so genannte unerwünschte Ansammlungen aufgeführt. Damit werde der Versuch unternommen, Ansammlungen zu verhindern. Schliesslich sei es aber wieder die Gerichtspolizei, die diese Massnahme durchsetzen müsse.
- d) Das Ziel des Gemeinderates sei nicht eine Verlagerung der Alkohol- und Drogenszene, sondern eine Verringerung. Ausserdem sollen sich die Besucher dieser Szene an die Regeln der öffentlichen Ordnung halten. Der neu gestaltete Wuhrplatz stehe allen zur Verfügung, wenn sie sich - wie es überall gelte - an die Grundregeln des rücksichtsvollen Miteinanders halten.
- e) Nein, denn grundsätzlich wolle der Gemeinderat die Szene nicht "hegen und pflegen"! Die Suppenanstalt werde anderweitig benutzt und beansprucht (Nutzung durch das Militär, durch Vereine und durch verschiedene Anlässe).
- f) Der Gemeinderat werde an seiner Sitzung vom nächsten Mittwoch das weitere Vorgehen in Bezug auf die dem Stadtpräsidenten am 15. September 2011 überreichte Petition "Auflösung der Alki-/Drogenszene im Sagibach Park" beraten und halte - bis Neues beschlossen werde - im Grundsatz an der bereits mehrfach kommunizierten Strategie fest:
- Die Nutzung von öffentlichem Grund durch Personen aus der Alkohol- und Drogenszene werde soweit eingeschränkt, dass sie für die Nutzung der übrigen Besucherinnen und Besucher von öffentlichen Anlagen weder störend, noch behindernd oder Angst einflössend wirke. Wobei natürlich das subjektive Sicherheitsempfinden nicht bei allen gleich sei.
 - Die Nutzung von öffentlichem Raum durch Personen aus der Alkoholszene sei an klare Regeln geknüpft. Hier habe SIP den entscheidenden Auftrag, ab 1. Oktober 2011 operativ zu wirken.
 - Strafrechtliche Vorkommnisse (Gewalt, Drogen usw.) werden gerichtspolizeilich konsequent verfolgt.
- **Frage von Stadträtin Anita Steiner-Thaler (EVP) betreffend Randständige im Sagibach-Park:**
- Seit einigen Wochen belegen Randständige den Sagibach-Park. Nebst den Anwohnern und Passanten sind auch Schulkinder mit dieser Szene konfrontiert. Dies kann für sie einschüchternd und unverständlich wirken.*
- Plant die Stadt präventive Massnahmen für die Schülerinnen und Schüler deren Schulweg dort vorbei führt?*
- **Antwort von Gemeinderat Rolf Baer, auf die Frage von Stadträtin Anita Steiner-Thaler (EVP):**
- Die Sicherheitsorgane (Securitas, Kantonspolizei, die Gassenarbeit, ToKJO – später SIP) seien und werden angewiesen, ihre Kontroll- und Aufsichtstätigkeit schwerpunktmässig auf jene Zeiten zu richten, an denen Schulkinder unterwegs seien. Hunde seien anzuleinen.
- Nicht alle Szenebesuchende seien Sozialhilfeempfangende. Der grösste Teil der Szenebesuchenden sei friedlich und halte sich an die geltenden Regeln. Es gebe aber auch aggressive Störenfriede, die konsequent zu entfernen seien. Aus Sicht vieler Langenthalerinnen und Langenthaler sei es aber nicht nachvollziehbar, dass sich bestimmte Personen tagelang im öffentlichen Raum aufhalten und trinken. Dieses himmeltraurige Bild löse bei vielen (auch bei ihm) verständlichen Unmut aus und mache "hässlich"!



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

■ **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (jll)** betreffend **geschlossene WC-Anlagen am SBB-Bahnhof Langenthal:**

a) *Hat der Gemeinderat Kenntnis davon, dass die SBB die WC-Anlage am Bahnhof Langenthal auf unbestimmte Zeit geschlossen haben (angeblich wegen Vandalismus)?*

Als Folge davon ist zu beobachten, dass gewisse Subjekte nun -- vornehmlich am Wochenende -- direkt in Nischen der Unterführung urinieren, mit entsprechender Geruchsbelästigung.

b) *Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, umgehend bei den SBB zu intervenieren, um diesen unhaltbaren Zustand rasch wieder zu beheben?*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, auf die *Fragen a) und b)* von Stadtrat Pascal Dietrich (jll):

a) Ja, der Gemeinde habe Kenntnis davon.

b) Ja, Möglichkeiten bestehen immer und werden auch angestrebt. Der Gemeinderat habe aber - im Hinblick darauf, mit den SBB in der letzten Zeit in sehr eingehendem Kontakt zu stehen (Aggloprogramm) - diesbezüglich noch keinen definitiven Beschluss gefasst.

Zur Information: Anfang August habe der Gemeinderat zur Kenntnis nehmen müssen, dass die sanitären Einrichtungen drei städtischer WC-Anlagen (Reitplatz, Rumipark, Kreuzfeld) durch Vandalenakte mit pyrotechnischen Mitteln weitgehend zerstört worden seien. Die Anlage seien wieder aufgebaut worden und würden mittlerweile wieder zur Verfügung stehen.

■ **Frage** von **Stadtrat Pascal Dietrich (jll)** betreffend **Kinderwagen- und Rollstuhlgängigkeit des neuen Langenthal-Brückleins (Zugang zum Wuhrplatz):**

Der neue Wuhrplatz findet bei den meisten Langenthalerinnen und Langenthalern grossen Anklang. Das Echo ist bis auf wenige Ausnahmen sehr positiv. Auch ich selber freue mich und finde, dass dem Bauamt hier ein "toller Wurf" gelungen ist. Einen "Wermutstropfen" gibt es allerdings, und darauf bezieht sich meine Frage:

Die Zugänge zum neuen Langeten-Brücklein weisen beidseits mehrere Treppenstufen auf. Als Folge davon ist das Brücklein nicht mehr rollstuhl- und kinderwagengängig. Dass wegen des Bachbettprofils der Langeten im Fall von Hochwassern (Verklausung!) die Brücke erheblich über dem Platzniveau liegen muss, ist mir klar. Bei der früheren Holzbrücke wurde diese Anforderung mittels einer geschwungenen Ausführung erreicht, die alte Brücke war kinderwagen- und (bedingt) rollstuhlgängig.

Weshalb hat man sich bei der neuen Brücke (trotz Behindertengleichstellungsgesetz) gegen eine Kinderwagen- und Rollstuhlgängigkeit entschieden? Wären hier nicht zwei kurze Rampen anstelle der Treppenstufen eine mögliche Lösung gewesen?

■ **Antwort** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, auf die *Frage* von Stadtrat Pascal Dietrich (jll):

Ja, es wäre möglich gewesen. Eine Prüfung habe aber ergeben, dass eine Rampe mit der erforderlichen, maximal zulässigen Neigung, relativ lang geworden wäre. Auch sei bekannt, dass bei Rampen bei Eis, Schnee und Nässe eine gewisse Unfallgefährlichkeit bestehe. Zudem würde dieser Bereich im Winter vielleicht nicht als erstes vom Schnee und Eis geräumt. Ausserdem sei eine Umgehungsmöglichkeit in absolut zumutbarem Mass (Coop-Brücke) vorhanden.



■ **Fragen von Stadtrat Manuel Ischi (EVP) betreffend die Ausarbeitung eines Energierichtplans (RPE):**

In den Richtlinien des Energiestadtlabels ist einer der wichtigsten Punkte die Erarbeitung eines Energierichtplans. Bis Heute hat die Stadt Langenthal keinen solchen RPE ausgearbeitet.

- a) *Aus welchem Grund wurde dieses, in Bezug auf die energietechnische Weiterentwicklung der Stadt wichtige Projekt bis dato nicht in Angriff genommen?*
- b) *Wann gedenkt die Stadt den Richtplan Energie auszuarbeiten?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, auf die Fragen a) und b) von Stadtrat Manuel Ischi (EVP):**

- a) + b) Die Stadt habe in Zusammenarbeit mit den Industriellen Betrieben Langenthal (IBL) bereits im Jahre 2009 mit der Ermittlung der Wärmenachfragepotentiale erste Vorbereitungen für einen Energierichtplan getroffen.

Das im Frühjahr 2011 an der Volksabstimmung angenommene Energiegesetz werde vom Regierungsrat auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Jetzt werde aber nicht einfach irgend etwas unternommen, sondern abgewartet, bis der Regierungsrat die entsprechende Verordnung für die kommunale und regionale Energierichtplanung erlassen habe. Im Anschluss daran könne eine saubere und auf die Grundlagen abgestellte Energierichtplanung vorgenommen werden. Aufgrund des verabschiedeten Gesetzes sei bekannt, dass die Stadt Langenthal eine solche Planung machen müsse. Wogegen umliegenden Gemeinden - mit einer Ausnahme, die hier nicht genannt werde - nicht dazu gezwungen seien.

Mit der Region würden bereits Kontakte gepflegt, um das Thema regional anzugehen. Gestützt auf die nun vorhandene gesetzliche Grundlage sei die Thematik auch in der Agglomerationskonferenz schon besprochen und beschlossen worden, den Prozess aufzugleisen, wenn die Verordnung vorliege, womit die Umsetzung auch im Sinne des Gesetzes erfolge.

■ **Fragen von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP) betreffend öffentliche Spielplätze:**

Vor zirka einem Jahr hatte die Arbeitsgruppe Attraktivierung Hirschpark unter der Leitung von Gemeinderätin Bobst die letzte Sitzung.

- a) *Wie weit ist die Planung für die Realisierung, der von der Arbeitsgruppe gemachten Vorschläge fortgeschritten?*
- b) *Wie hoch ist der Betrag des Anzeigergeldes zur Attraktivierung der Spielplätze?*
- c) *Wie viel des Geldes wurde bis jetzt bereits für bauliche Massnahmen bei öffentlichen Spielplätzen gebraucht?*
- d) *Wer hat auf der Verwaltung den Lead für die Thematik?*
- e) *Wann sind die ersten Um- / Neugestaltungen zu erwarten?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, auf die Fragen a) bis e) von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP):**

- a) Für das Projekt Spielplatz "Hirschpark" seien zwei Projektvarianten erarbeitet worden. Die Projektphase sei seit Ende 2010 abgeschlossen.

Der Gemeinderat habe auf Antrag der Ressortvorsteherin Umwelt/Energie beim Kanton erneute Abklärungen für eine vollständige Altlastensanierung eingeleitet, womit die Projekte bis auf Weiteres auf Eis liegen. Bis anhin sei weder von der einen noch der anderen Seite eine Entwarnung eingetroffen. Dem Gemeinderat liege kein Antrag vor, das Thema wieder aufzunehmen.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

- b) Die zur Verfügung stehende Summe betrage Fr. 313'700.00.
- c) Bis zum heutigen Datum seien, aus den erwähnten Gründen, im Zusammenhang mit öffentlichen Kinderspielplätzen keine baulichen Massnahmen umgesetzt worden. Demzufolge seien auch keine finanziellen Mittel benötigt worden.
- d) Der Gemeinderat habe an seiner Sitzung vom 27. April 2011 beschlossen, die Federführung für die Vornahme der weiteren Arbeiten per sofort dem Ressort Bau- und Planungswesen zu übertragen. Die vorgeschlagene Projektorganisation werde anlässlich der nächsten Gemeinderatssitzung beraten.
- e) Zeitplan: Bis Ende Jahr soll in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe und einem Landschaftsarchitekten ein konkretes Umsetzungskonzept für die ganze Stadt und in Anlehnung an das "Konzept Kinderspielplätze der Stadt Langenthal" sowie in Anlehnung an das "Konzept Bewegungsraum und Sportanlagen" erarbeitet werden. Die Ausführung erster baulicher Massnahmen sei ab Sommer/Herbst 2012 vorgesehen.

Zusatzfrage von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): *Wie weit ist die Abklärung in Bezug auf die Sanierung des Hirschpark-Spielplatzes?*

- **Antwort von Gemeinderätin Christine Bobst:** Anfang September habe ein Treffen mit dem Kanton stattgefunden. Herr Alain Perrenoud, Fachstellenleiter Umwelt/Energie, sei an der Vorbereitung eines konkreten Gesuches, das noch im Oktober an den Kanton geschickt werden soll. Die Antwort des Kantons werde dann zu gegebener Zeit im Gemeinderat traktandiert.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



14 A. Eingereichtes Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. September 2011: Errichtung eines Solarkatasters in der Stadt Langenthal

Postulatstext:

"Der Gemeinderat wird ersucht zu prüfen, ob in der Stadt Langenthal ein Solarkataster erstellt werden kann.

Begründung:

Es geht darum, in Langenthal das Potenzial von Wärme- und Stromerzeugung mittels Solaranlagen auf Dächern aufzuzeigen. Konkret sollen die Dachflächen bezeichnet werden, welche sich am besten für Solaranlagen eignen. Ein entsprechendes Kataster könnte dann auf der Homepage publiziert werden. Damit könnte die Bereitschaft privater Hausbesitzer oder von Betrieben gefördert werden, solche Anlagen zu montieren und damit die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern. Dies würde sicher auch dem Image Langenthals als Energiestadt dienen.

Aktuell haben die Städte Biel und St. Gallen die Errichtung eines solchen Katasters beschlossen. Die waadtländische Gemeinde Treytorrens ist die erste Gemeinde in der Schweiz, wo ein solches bereits erstellt wurde. Somit könnte Langenthal echten Pioniergeist in Sachen erneuerbarer Energien beweisen."

Christoph Stäger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 19. September 2011

15. In eigener Sache

■ Ausfall der Stadtratssitzung vom 31. Oktober 2011

Stadtratspräsident Roland Christen: Die für den 31. Oktober 2011 geplante Stadtratssitzung finde mangels behandlungsreifer Geschäfte nicht statt. Die offizielle Absage sowie eine Mitteilung der Sitzungsdaten für das kommende Jahr, werde in den kommenden Tagen per Post verschickt.

■ Einweihung "Wuhrplatz", Donnerstag, 22. September bis Sonntag, 25. September

Stadtratspräsident Roland Christen: Von Donnerstag, 22. September bis Sonntag, 25. September 2011 finde die offizielle Einweihungsfeier des Wuhrplatzes im Rahmen der 1150-Jahr-Feier statt.

■ Kerze am Platz des am 4. September 2011 verstorbenen Stadtrates Fritz Fiechter (SP)

Stadtratspräsident Roland Christen: Der Stadt Langenthal sowie der SP/GL-Fraktion danke er für den am Platz von Fritz Fiechter arrangierten Kerzenschmuck.